

Die „Vollswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.10, pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7102.

# Vollswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessenten der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Breslau, Dienstag, den 21. Mai 1895.

VI. Jahrgang.

## Socialismus und Landwirtschaft.

B. G. So mancher von den einsichtigen und ehrlichen Vertretern der herrschenden Gesellschaft hat in Bezug auf das industrielle Gebiet vor der Socialdemokratie bereits die Segel gestrichen, — hier sagen sie, hat der Socialismus Recht, — aus dem Elend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeigeführt hat, giebt es keinen anderen Ausweg, als einen, der in den Socialismus hineinführt. Aber auf dem Gebiete der Landwirtschaft, da liegt der Hase im Pfeffer, da hat die Socialdemokratie Unrecht, denn — im Gegensatz zu der socialistischen Ansicht von der vernichtenden Ueberlegenheit allen Großbetriebs über den Kleinbetrieb — ist der bäuerliche Landwirtschaftsbetrieb der Konkurrenz des Großbetriebs um den Bodenbesitz durchaus gewachsen.

Der von uns neulich citirte Agrarwissenschaftler, Professor Sering, sagt in seinem 1893 erschienenen Werke über „Die innere Colonisation im östlichen Deutschland“ am Schlusse des Kapitels, in welchem er sich über den Großgrundbesitz und die bäuerliche Wirtschaft in Ostdeutschland ausspricht, triumphirend: es schwinde jede Aussicht, den Landmann von den Segnungen eines Zustandes zu überzeugen, der ihn zum Arbeiter in socialistischen, übrigens von vornherein technisch ganz verfehlten Niesenbetrieben machen würde.“ (S. 93).

Und anfangs dieses Kapitels bemerkt er geringfügig, in der Beurtheilung der gegenseitigen Beziehungen der verschiedenen Bodenbesitz-Kategorien (des Großbesitzes zum Kleinbesitz) „herrsche zwar nicht in der wissenschaftlichen, umsomehr aber in der politischen und namentlich in der socialistischen Literatur eine große Unklarheit (S. 64-65); in einer Anmerkung fügt er hinzu, diese Unklarheit sei z. B. zu finden in Kautsky's Schrift über „Das Erfurter Programm“.

Damit aber hat der gelehrte Herr seiner vermeintlichen Ueberlegenheit über die Socialdemokratie und ihre Schriftsteller noch nicht genug gethan.

Auch Karl Marx muß ein passanter\*) einen für seinen wissenschaftlichen Ruhm tödlichen Stich bekommen. Da, wo Herr Sering von der Unvergleichbarkeit des technischen Uebergewichts der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit dem industriellen Großunternehmungen über den Kleinbetrieb spricht, erklärt er gleichfalls in einer

Anmerkung (S. 70): „Die Analyse\*) des landwirtschaftlichen Großbetriebes bei Karl Marx ist absolut ungenügend. Die bewußte technologische\*\*) Anwendung der Wissenschaft, die „neue höhere Synthese\*\*\*)“, der „Verein von Ackerbau und Industrie“ von dem Marx spricht, sind dem Mittel- und Kleinbetriebe ebenso zugänglich wie dem Großbetriebe“.

Die hier von Sering gerügten angeblichen Irrthümer und Mängel gipfeln also in der Anschauung, daß auch der landwirtschaftliche Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen ist, und daß auch an Stelle der bäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe in Zukunft landwirtschaftlicher Großbetriebe treten muß.

Wodurch beweist nun Prof. Sering, daß das nicht richtig ist?

Thatsächlich durch garnichts.

Aus seinen Ausführungen geht im Gegentheil hervor, daß die Anschauung des wissenschaftlichen Socialismus der Landwirtschaft gegenüber noch in höherem Grade berechtigt ist, als wohl die meisten von uns Socialdemokraten selbst mögen angenommen haben, ehe sie sich mit dem Gegenstand eindringlicher beschäftigten.

Zuvörderst muß auch Professor Sering die gegenwärtige Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs zugestehen. Auf Seite 90 seiner in Rede stehenden Schrift z. B. sagt er: „Die wirtschaftlich-technischen Leistungen der Bauerngüter im ostelbischen Deutschland stehen den größeren Gütern gegenwärtig noch im Großen und Ganzen nach.“

Alsdann citirt er zustimmend eine Stelle aus Professor Conrad's „Agrarstatistischen Untersuchungen“, die die oben wiedergegebene Behauptung näher begründet: „Der Viehstand der Bauern ist von schlechterer Qualität, die Fütterung weniger rationell, die Düngerbearbeitung eine unzulängliche, das Saatgut ist weniger sorgfältig ausgewählt und gereinigt, die neueren Maschinen, sowie die künstlichen Düngemittel sind vor ihnen weniger verwerthet, der Acker mehr verunkrautet und weniger tief gepflügt, daher die Ernte geringer und von schlechterer Qualität.“

Für die Gegenwart ist demnach in Wahrheit auch der Agrarwissenschaftler Professor Sering mit uns Socialisten in Bezug auf die unzureichenden Leistungen

des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, so unangenehm es ihm sein mag, einverstanden. Nur durch die Hoffnung, daß es dereinst besser werden werde, unterscheidet er sich von uns.

Er ist nämlich der Ansicht, daß sich der Abstand, welcher die Wirtschaftsweise der bäuerlichen von derjenigen der großen Güter trennt, „von Jahr zu Jahr zusehends verringert“ und sagt auf Seite 91 wörtlich:

„Es sieht zu erwarten, daß in nicht allzulanger Zeit der Bauernbetrieb im Osten durchweg, wie es in einzelnen Theilen jetzt schon der Fall ist, auf die Höhe etwa des in Oldenburg, im Königreich Sachsen, in Theilen von Braunschweig u. s. w. erreichten Standes gehoben werde, wo in Bezug auf die Intensität und Güte der Bewirtschaftung ein Unterschied zwischen größeren und kleineren Gütern kaum (!) noch wahrnehmbar ist.“

Zum Ueberflusse geht auch aus dieser Ausführung hervor, daß selbst da, wo der Bauernbetrieb gegenwärtig auf's allergünstigste entwickelt ist, noch immer ein Unterschied zwischen größeren und kleineren Betrieben zu Gunsten der größeren anerkannt werden muß, wenn ihn Sering auch für „kaum noch wahrnehmbar“ erklärt.

Wodurch aber sind die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe auf die Höhe der Ausbildung gelangt, die Sering, und nebenbei gesagt, allen übrigen Agrarwissenschaftlern der herrschenden Gesellschaft, so hoffnungsvoll erscheint?

Auch darüber möge uns Professor Sering selbst belehren. Die Bauernwirtschaften haben sich nach seinen Darlegungen nach dem Muster der Großbetriebe fortzuschreiten bemüht, oder zu Unternehmungen gestaltet, die sich in ihrer Entwicklung bereits auf dem Wege zum Socialismus befinden. Seite 93 sagt Sering wiederum wörtlich: „Die Ackerbauschulen, die Wanderlehrer, die landwirtschaftlichen Vereine, vor allem auch das Beispiel vieler gutgeleiteter Großbetriebe und die erfreuliche Entwicklung einzelner Zweige des Genossenschaftswesens, fabrikmäßige Sammelmolkereien u. haben zusammengewirkt, um den mittleren Betrieb auf eine sehr viel höhere Stufe zu heben.“

In dieser Stelle ist des Pudels Kern entdeckt! Erstens mag Professor Sering, wo es sich um wissenschaftliche Begründung und nicht um bloße Redensarten handelt, nicht zu behaupten, daß der landwirtschaft-

\*) sprich: ang passang; deutsch: im Vorbeigehen.

\*) zergliedernde Darlegung.

\*\*) gewerbtundliche.

\*\*\*) Vereinheitlichung.

## Meine officielle Gattin.

Roman von H. R. Savage.

21]

(Nachdruck verboten.)

„Also der Paß ist richtig eingetroffen“, antwortete Helene.

„Und daß wir morgen reisen werden.“

„Ja—a.“

„Wir benutzen den Mittagszug, also sorgen Sie dafür, daß Ihre Koffer bereit sind!“

„Ja—a.“

„Gute Nacht“, sagte ich kurz.

„Gute Nacht“, nickte Helene, indem sie müde und wie gebrochen ihrem Zimmer zuschritt — sie erschien mir in der sparsamen Beleuchtung der Wachskerzen erbsüßlich.

Da ich noch keine Müdigkeit empfand, schlenderte ich in den Nacht-Club und verbrachte etliche Stunden mit wechselndem Glück am Spieltisch. Als der Morgen graute, kehrte ich ins Hotel zurück, befohl dem Hausknecht, mich um zehn Uhr zu wecken und begab mich dann in unsere Appartements. Aus Helenes Gemach schimmerte Licht und ich hörte sie an ihren Koffern hantieren, aber ich sah mich nicht weiter nach ihr um, sondern nahm ein Schlafpulver und suchte mein Lager auf. Ich muß auch gleich eingeschlafen sein; als ich erwachte, ward laut und heftig an meine Thür geklopft und eine rauhe Stimme rief:

„Gnädiger Herr es ist gleich zwölf Uhr.“

„Zwölf?“ wiederholte ich bestürzt, „ich wollte doch um zehn Uhr geweckt sein!“

„Ich habe pünktlich geweckt, aber die gnädige Frau meinte, ich solle den Herrn nur noch ein kleines Weilchen schlafen lassen. Als sie dann später ausging, befohl sie mir aber, kurz vor zwölf Uhr so lange zu klopfen, bis der Herr antworten würde.“

„Schon recht, bestellen Sie, daß mir sofort ein Beefsteak servirt werde und schaffen Sie dann das Gepäck zur Bahn.“

Der Hausknecht entfernte sich und ich kleidete mich eilends an, als ich plötzlich einen Zettel erblickte, der unter meine Thür geschoben war. Natürlich war's Helene, die mich in dieser Weise begrüßte, und was schrieb sie?

„Lieber Arthur, ich bleibe, um den Ball mitzumachen; die Versuchung war zu groß! Warte keinesfalls auf mich — glückliche Reise!“

Einen Augenblick stand ich wie erstarrt — dann lachte ich heil auf! War ich nicht ein unbändiger Narr, daß ich glauben konnte, diese selbstständige Person bedürfte meines Schutzes? Nein, ich wollte gewiß nicht auf sie warten — je eher ich dies verwünschte Land im Rücken hatte, um so besser wars für mich und für meine wirkliche Gattin in Paris.

Mein Frühstück hastig verzehrend, warf ich einen Blick in Helenes Zimmer; ihre Koffer standen wohl verschlossen an der Wand, aber auf dem einen gewahrte ich ein geschlossenes Couvert, welches meine Adresse trug, und dasselbe aufreißend, las ich Folgendes:

„Wenn Sie Ihre Gattenehre schätzen, dulden Sie nicht, daß Madame allein in Petersburg bleibt — Ihr Nebenbuhler wartet nur auf ihre Abreise!“

Dies Billet, welches ich sofort auf Rechnung der Gouvernante setzte, änderte meinen Entschluß — nein, Helene sollte das Spiel nicht gewinnen; ich wollte sie und den nichtsnutzigen Sascha überraschen!

So zahlte ich denn die Rechnung, theilte dem Secretär mit, Madame Lenox werde erst nach dem Ignatiew'schen Ball abreisen und fuhr dann mit meinem Koffer zum Bahnhof. An einem Tabakladen ließ ich halten und verfab mich mit Cigarren, als ich wieder einstieg, mußte der Zug meiner Berechnung nach gerade abgehen, und wirklich, bei der Einfahrt in den Bahnhof war er schon außer Sicht! Um den Schein zu wahren, schalt ich auf den Aufsitzer ein, dann ließ ich mich wieder zum Hotel de l'Europa fahren, erzählte dem Wirth lachend mein Mißgeschick und ging dann leisen Schrittes hinauf in unseren Salon, wo ich, wie ich erwartet hatte, Helene in — Saschas Gesellschaft fand! —

Einen Schrei ausstoßend, blickte meine Nebenbuhlerin mich ganz entsetzt an und dann murmelte sie tonlos:

„Mein Gott — Arthur — Du bist noch nicht abgereist!“

„Ich habe den Zug verfehlt“, sagte ich leichtgläubig, „aber ich bin nicht böse darüber und werde jetzt in Deiner Gesellschaft den Ball besuchen, mein Schatz“, und dabei küßte und umarmte ich die Fremde.



iche Kleinbetrieb allmählich dem Großbetrieb gewachsen werde, sondern spricht hier nur von mittleren Betrieben; zum anderen treten auch in dieser Beziehung in der Hauptsache nicht vereinzelt Bauernwirtschaften als leistungsfähige Concurrenten dem Großbetriebe zur Seite, sondern solche, die zu landwirtschaftlichen Vereinen beziehungsweise Bauernvereinen und zu verschiedenen Arten von Genossenschaften sich zusammengelassen haben.

Zu solchen Vereinigungen und Genossenschaften aber wollen gerade wir Socialdemokraten die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zusammenfassen und sie so den gegenwärtigen Großbetrieben nicht nur ebenbürtig, sondern in ihrer Solidarität über das ganze Reich der Weltwirtschaft hin auch noch den größten der heutigen Großbetriebe unendlich überlegen gemacht wissen.

Also, verehrter Herr Professor Sering, mit der Widerlegung socialdemokratischer Irrthümer ist es auch in Bezug auf den Landwirtschaftsbetrieb wieder einmal Ewig. Alles was Sie in Ihren gelehrten Werken sachgemäß erforschen und darzulegen gezwungen sind, liefert nur Beweise für die Richtigkeit der Behauptungen des wissenschaftlichen Socialismus.

### Politische Rundschau.

— Gegen das Reichswahlrecht. Die von der sächsischen Regierung herausgegebene „Leipziger Ztg.“ plaudert offen aus der Schule, indem sie schreibt: „Jeder weiß, daß die Conservativen, soweit sie Anspruch auf diesen Namen haben, von der Vertheilung dieses Wahlrechts überzeugt sind und überzeugt sein müssen, weil es jeder conservativen Staatsauffassung widerstrebt. Daß alle wirklich Conservativen seine Beseitigung wünschen und wünschen müssen, kann daher Niemandem ein Geheimniß sein. Und doch bestanden sie es in öffentlicher Sitzung. Weshalb? Weil sie die Massen jetzt gleichfalls brauchen und daher Nichts unternehmen dürfen, was sie verstimmen könnte. Man opfert lieber die eigene Intelligenz, man scheut sich nicht, sich in den Augen der Urtheilsfähigen um den Ruf unbedingter Wahrhaftigkeit und wirklich conservativer Gesinnung zu bringen, nur um den Massen zu mißfallen, seinen Einfluß über die Kopfzahl nicht zu verlieren.“ Jeder begreife, so fährt das Organ der sächsischen Regierung fort, daß es ein Vorzeichen ist, einen einfachen Handlanger und Tagelöhner an politischen Einfluß demjenigen gleichzustellen, der Tausende von Händen beschäftigt und Hunderte von Hektaren sein eigen nennt. Gott habe den Menschen ungleich geschaffen. Deshalb verstoße das allgemeine Wahlrecht gegen die Natur. — In einem weiteren Artikel kommt das offizielle Blatt zu folgendem Vorschlag: Der Reichstag wird nach wie vor gewählt wie jetzt, aber die Zahl der mit allgemeinem Stimmrecht gewählten Vertreter wird herabgesetzt und an Stelle der ausfallenden kommen Vertreter, die aus Berufswahlen hervorgehen. Das heißt mit anderen Worten, der Reichstag soll durch eine ständische Vertretung (von Berufen: Schnapsbrennern, Tabak-

meistern etc.), die ihm wie ein Fiabl in's Fleisch getrieben wird, lahm gelegt werden. Die „Leipz. Ztg.“ meint, der Reichstag werde einer solchen Selbstverfümmelung, die ein politischer Selbstmord wäre, gutwillig zustimmen, so daß also kein Staatsstreich nöthig wäre. Die Gelehrten, Patrone und Cumvare der „Leipz. Ztg.“ leiden offenbar an Gehirnerweichung.

— Die Beschlußfähigkeit des Reichstages wird jetzt von den Herren auf der Rechten zweifellos abthätlich herbeigeführt. Das dämmert auch anderen Leuten auf. Die „Germania“ bemerkt:

„Von den Mitgliedern des Reichstages gehören 133 dem Bunde der Landwirthe an. Von diesen 133 waren am Donnerstag nur 32 anwesend, es fehlten also 101. Am Freitag waren 53 anwesend. Es fehlten also 80. Und dabei handelte es sich am Freitag um das Zuckersteuergesetz, das doch hauptsächlich im Interesse der Landwirtschaft eingebracht worden sein soll. Es ist schwer, sich dem Verdacht zu entziehen, daß man das Gesetz scheitern lassen möchte, um Vorwürfe gegen den Reichstag erheben zu können. Brächte die Branntweinsteuer vorlage den großen Kartoffelbrennern des Ostens nicht so bedeutende Vortheile, so würden sie wohl auch dieses Gesetz durch Abwesenheit zu Falle bringen, aber da werden sie wohl am Plage sein.“

— Die Bismarckschwärmer abmen ihren Herrn und Meister auch in der — Sporkamkeit eifrig nach. Verschwenderisch sind sie nur, wenn es gilt, den Abgott mit großen, aber billigen Worten zu feiern — Geld aber darf die Geschichte nicht gar zu viel kosten. In Magdeburg wird seit Jahr und Tag für ein Bismarck-Denkmal gesammelt; das Ding kann aber nicht zu Stande kommen, weil die Spenden bei Weitem nicht für den geplanten Zweck ausreichen. In Potsdam wurde anläßlich des 80. Geburtstages des Heroen eine Stiftung in's Leben gerufen, welche unter dem Namen „Bismarckstiftung“ eine Freistelle für bedürftige Kranke („beterer Stände“ im Augusta-Viktoria-Krankenhaus (1. und 2. Klasse) schaffen wollte. Um diese Freistelle das ganze Jahr hindurch zu gewähren, wäre ein Capital von 26,000 Mk. erforderlich gewesen, welches durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden sollte. Es sind jedoch nur 11,502 Mk. 85 Pf. eingezahlt, welche das Comité nunmehr der Stadtgemeinde Potsdam übermitteln hat, damit diese das gesammelte Geld, das man im Laufe der Zeit noch zu vermehren hofft, für den Stiftungszweck nutzbar mache. — Wie der Herr, so's Geldherr!

— In bekannter Weise ist auch die Wahl des Herrn Reichsmuth in Weimar-Apolda „gemacht“ worden. Die „Apoldaer Zeitung“ registriert folgende Wahlvorgänge: „In Apolda hat man die Stimmzettel für Braundach und Baudert einfach fertiggeworfen, dort deren Ansträger bei der Wahl den Aufenthalt verwehrt oder verleidet; ist es gelehrt, daß ein Wähler für eine Anzahl Abwesender das Wahlrecht ausübte; und wenn es wahr ist, daß in verschiedenen Dörfern bei der Stichwahl mehr Stimmen für Baudert abgegeben als später gezählt worden sind, ja, wenn es ferner wahr ist, daß anderswo mehr Wähler für Reichmuth gestimmt haben, als überhaupt Wahlberechtigter am Orte sind — wo wundern sich dann noch über den Sieg Reichmuth's?“

Von unseren Genossen wird, wie mehrfache Zuschriften aus dem Wahlkreise melden, rechtzeitig ein Protest gegen die Wahl eingebracht werden.

— Staatliche Fürsorge für die Postbeamten. Bekanntlich hat auf jahrelanges Drängen des Reichstags, vornehmlich der socialdemokratischen Fraction, ein hoher Bundesrath sich schließlich bewegen lassen, an Stelle der rein nach Gutbefinden der Verwaltung gewährten Zulagen das Dienstaltersstufensystem, das die Beamten von der Willkür der Vorgesetzten etwas unabhängiger macht, einzuführen. Da mit der Einführung dieses Systems eine gewisse Ausgleichung für das ganze Reich vollzogen wurde, kam es, daß ein Theil der Unterbeamten dadurch ungünstiger gestellt wurde. Es handelt sich vornehmlich um solche, die in Großstädten beschäftigt sind und in Folge dessen gegenüber ihren Collegen in kleineren Orten höhere Einkommen bezogen, die jedoch an sich noch mäßig genug und namentlich in Betracht der theuren Lebensbedürfnisse der Großstadt gar nicht günstiger waren. Diese sind nun durch die so mechanische Ausgleichung, die die Postverwaltung mit der Reform zu verbinden beliebte, geschädigt; und der Reichstag hat aus Billigkeit, und da die ganze Reform im Interesse und nicht zum Nachtheil der Beamten gedacht war, die Mittel zur Ausgleichung dieser Unzuträglichkeiten zur Verfügung gestellt. Aber siehe da, was geschieht? Der Bundesrath hat beschlossen, den vom Reichstage bei Berathung des Reichshaushaltsetats für 1895/96 gefaßten Resolutions, betreffend die Erhöhung der Gehaltsstufen für diejenigen Klassen von Reichspost- und Telegraphenbeamten, die durch die Einführung des Dienstaltersstufensystems in ihren Gehaltsverhältnissen geschädigt werden, und betreffend die Forderung einer Pauschalsumme durch einen Nachtragsetat zur Gewährung von Zulagen an die durch das System der Dienstalterszulagen besonders geschädigten Beamten keine Folge zu geben. Derselbe Bundesrath, der sonst nicht genug für Heer und Marine, Pensionen, Kreuzer und Schutzgebiete fordern kann, der erst jetzt wieder die Prunkfeier der Nordostkanal-Einweihung auf Kosten der Steuerzahler beschlossen hat, lehnt die Forderung einer ihm von Vorausbewilligten Summe zu Gunsten der geschädigten Unterbeamten ab. Derselbe Postverwaltung, die für ihre höchsten Beamten so väterlich sorgt, verzichtet auf die Ausgleichung von Ungerechtigkeiten, die ungewollt mit der vom Reichstage herbeigeführten Reform verbunden sind. Die Postbeamten sehen wieder einmal, wo ihre berufenen Sachwalter — nicht sitzen. An Stoff für die Verhandlungen der nächsten Session wird es also nicht fehlen — und nicht an Stoff für immer weitere Erkenntniß ihrer Klassenlage bei den Unterbeamten.

— Die Maßregelung eines Geistlichen in Pommern, die die „Protestantenvereinscorresp.“ gemeldet hatte, wird vom Volk bestätigt. Es handelt sich um den Pastor Koch-Trieglaff, Synode Greifenberg, der in Folge der Maßregelung nach Heinrichsdorf, Synode Tempelburg, verlegt worden ist. Koch war der beste Freund der Gutsbesitzer von Greifenberg und Umgegend, bis er im vorigen Jahre in einem öffentlichen Vortrag sich der armen Tagelöhner (nicht Sackfengänger) annahm. Das letzte bö'se Blut und verurtheilte einen mächtigen Aufstand — eine gute Schauspielerin war sie jedenfalls, das stand fest! —

### 12. Kapitel.

Als wir in den Hof des Adelsaals, wo der Ball, den Madame Ignatieff ihrem Bruder, dem neuernannten Gouverneur von West-Sibirien zu Ehren veranstaltete, stattfand, einfuhren, hieß es Lueue machen, denn eine lange Reihe von eleganten Equipagen hielt bereits vor dem hell erleuchteten Portal. „Ah, ich habe nicht zu viel versprochen“, rief die Fürstin Paligin, nachdem sie einen Blick durchs Wagenfenster gemorsen hatte; da sind die Rosaken der kaiserlichen Leibgarde. Der Czar kommt also jedenfalls.“

In der That hielt eine stattliche Schaar von Laazweilern im Hofe und mit lebhaftem Interesse betrachtete ich die ihn ihren Gala-Uniformen äußerst stattlich aussehenden Soldaten. Zufällig fiel dabei mein Blick auf Helene und ich sah, daß sie leichenblau war, bevor ich indes eine Bemerkung hierüber machen konnte, fuhr unser Wagen vor, und Fürst Paligin, der uns schon erwartet hatte, half meiner Pseudogattin beim Aussteigen, während ich die Fürstin aus dem Wagen hob. Am Fuß der großen Treppe stand Baron Friedrich; er begrüßte uns zuvorkommend und meinte lächelnd, der Ball verdiene es wohl, daß man die Abreise um feinetwillen etwas verschiebe.

freundlich zu, „die Schneiderin hat vergessen, eine Tasche unter demselben anzubringen.“

„Eine Tasche in einem Rock — was wohl Herr Baudert dazu sagen würde? Das Leichentuch und das Kirchleinchen birgt man doch kaum in der Tasche, denn beide Gegenstände sind darauf berechnet, ein reinerer Schmuck zu sein,“ sagte ich kopfschüttelnd, indem ich eine prachtvolle goldene Uhrzeitzeile, die neben einem Leichentuch aus herrlichen Perlen lag, zur Hand nahm und bewundernd betrachtete.

Und nun geschah etwas Seltsames; mit Thränen in den Augen erhob sich Helene und erwiderte stehend: „Um Gottes Willen, lassen Sie meine Gedanken nicht ab — gehen Sie und lassen Sie mich allein mit meinem Gewissen und mit meinem Gott!“

„D, haben Sie wirklich ein Gewissen?“ rief ich erregt, „nun, ich will ihm die Arbeit nicht erschweren — ahnen, es heute Abend,“ und damit ging ich in den Pachtel, wo ich auch das Diner einnahm. Als ich hier vor zehn Uhr heimkehrte, um Toilette zu machen, sah ich durch die halbgeöffnete Thür Helene, in welchem Bekleid, Hals und Arme mit unzähligen Brillanten geschmückt und auch im Haar einen kostbaren Brillantkranz tragend, vor einem kleinen Schminktische auf den Rasen liegen und beten — ja, sie betete wirklich und zwar mit halbgeschlossener Stirn!“

Wahrscheinlich, dachte ich Toilette; eine zehn Minuten später erschien die Fürstin Paligin, um mich abzuholen, und Helene rief mir leidend entgegen: „Nun, bist Du endlich fertig, Du Trübsal?“

„D, das ist reizend,“ rief Sascha, seinen Keger nur mühsam verbergend; „ich sah noch Madama in Toilette und bedauerte schon, daß Sie, lieber Oberst, um das Glück kommen sollten, Madame darin zu bewandern.“

Sascha empfahl sich, als die Fürstin Paligin erschien, um mit Helene zu verabreden, wann sie sie zum Ball abholen würde; die Dame war sichtlich erfreut, als sie mich erblickte und versprach mir einen geruhreichen Abend. Als die Fürstin uns verlassen hatte, rief Helene hastig:

„Baron sind Sie nicht abgereist, Arthur? Sie werden's noch bereuen!“ und dann begab sie sich in ihr Gemach, dessen Thür weit offen stand und machte sich an ihrer Toilette, die auf dem Bett lag, zu schaffen. Eine Sigatte rauchend, beachtete ich ihr Thun anständig nicht; später war ich zufällig einen Blick auf die Pseudogattin und da sah ich denn zu meinem Erstaunen, daß sie nähte — ja, wirklich und wahrhaftig, sie nähte!

„Er“, rief ich spottend, „das Ballkleid ist wohl noch nicht schön genug für den lieben Sascha? Wo fehlt's denn — ist die Taille nicht knapp genug?“

„Reiz“, erwiderte Helene gebrüht, „ich muß eine Kleingeld am Red ändern.“



Herr v. Thadden-Trieglaff wandte sich, da das Consistorium für die Sache kein Ohr haben wollte, an den Kaiser. Daraufhin erfolgte Seitens des Consistoriums die Rüge Kocks. — Ferner wurde K. von einigen Greifenbergern unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten v. Normann aus dem Vorstande des konservativen Vereins statutenwidrig ausgestoßen. Die Pastoren aus Treptow a. N. und Umgegend nahmen sich Kocks an. Herr v. Normann verklagte sie darüber beim Consistorium. Letzteres ertheilte ihnen jedoch keine Rüge. Die Conservativen zeigen da recht deutlich, daß die Geistlichen nichts als die gehorsamen Diener ihrer Interessen sein wollen.

— Die badischen Landtags-Wahlen stehen nahe bevor. Bei der diesmaligen Erneuerung der zweiten badischen Kammer scheiden im ganzen 32 Mitglieder aus. Unter diesen befinden sich vier Demokraten, zwei Socialisten, ein Conservativer, elf Clerikale und vierzehn Liberale, während ebenfalls elf Clerikale, ein Conservativer, ein Demokrat, ein Socialist und sechzehn Liberale in der Kammer verbleiben. Der Wahlkampf wird sich auch in diesem Jahre wieder im Wesentlichen zwischen Liberalen und Ultramontanen abspielen, doch haben unsere Genossen überall an Aussichten gewonnen und stellen mehrfach Candidaturen auf, so daß eine Stärkung unserer Vertretung in der badischen Kammer zu erwarten ist. Ein Vorbedingung des Sieges ist aber die Einigkeit unserer Genossen.

Die ungarische „Krise“ ist mit dem Abgang Károlyi's gewiß nicht beendet. Trotzdem die Krone vor einigen Tagen durch ein schmeichelhaftes Handreiben erklärt hatte, auf den Minister des Aeußeren, Grafen Kalnoki, nicht verzichten zu wollen, wurde sie durch die Macht der Thatsachen gezwungen, ihn fallen zu lassen. Es ist zweifellos, daß seine Stellung auch durch erschütterte wurde, daß er nach zwiespältiger, zögerlicher Diplomatenart nicht bloß den ungarischen Ministerpräsidenten, sondern in seiner Note an diesen auch den päpstlichen Nuntius vor den Kopf stieß. Die Beleidigung des ungarischen Ministers hätte man ihm in Wien gern verziehen, aber der wenn auch noch so hohe Titel der Aufführung des Nuntius nahm ihm den letzten Haart. In Wirklichkeit bedeutet aber der Fall Károlyi's einen Sieg der Ungarn. Man darf nicht vergessen, daß am 6. Juli die Delegationen zummentreten, und daß man alles daran setzt, dort einen Kampf zwischen Oesterreich und Ungarn zu vermeiden und die gemeinsamen Ausgaben für das Herr glatt und ohne Gezänk bewilligt zu erhalten. Zudem ist der Termin des Ablaufes des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn in die Nähe gerückt, und in Ungarn die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses die einzige Partei, die auf dem Boden des Ausgleiches von 1867 steht. So muß es die Wiener Kamarilla mit erbittertem Grimm aufgeben, die Ungarn zu sehr zu zügeln. Sind erst die Delegationen vorüber, ist der Ausgleich, der die staatsrechtlichen und finanziellen Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn regelt, neuerdings auf lange Zeit geschlossen, so ist erst die Zeit der energische und erfolgreiche Vorstöße gegen das sogenannte liberale Regime in Ungarn zu führen. Einstweilen aber sind die Anschläge der Clerikalen gegen die ungarische Bourgeoisie erfolglos.

Die Fortschritte der belgischen Socialdemokratie veranlassen die „Kreuzzeitung“ zu einem wahren Lügegesang, der zur Ergötzung unserer Leser auch hier Platz finden mag. Das fromme Blatt schreibt:

„Der Ausfall der sonntägigen Kammerwahl im Flandrischen Wahlbezirk Thuin, über welches Thema der Telegraph bereits kurz berichtet hat, legt ein sehr schmerzliches Zeugniß von den erschreckenden Fortschritten der belgischen Socialdemokratie ab. Im Monat October 1894 anlässlich der allgemeinen Parlamentswahlen war die socialdemokratische Partei im erwähnten Wahlbezirk, welchem weit mehr Bürger und Bauern, als Arbeiter zugehörig sind, die schwächste unter den drei großen politischen Parteien, welche um die drei Mandate rangen. Sie brachte es nur auf 11,000 Stimmen. Seitdem hat sie den Liberalen schon am 12. Januar ein Mandat entzogen und am Sonntag brachte es der socialdemokratische Candidat, der seines Amtes entsetzte Sammelprofessor Lelen, gleich im ersten Wahlgange, und obwohl ihm zwei Candidaten der beiden Bürgerparteien gegenüber standen, auf 18,500 Stimmen, so daß der socialdemokratische Stimmenzuwachs seit 6 Monaten nicht weniger als 7500 Stimmen = 65 pSt. beträgt. Der Sieg Lelen's bei der am nächsten Sonntag stattfindenden Stichwahl ist zweifellos, sodas die Zahl der socialdemokratischen Parlamentarier nunmehr auf 100 answachsen wird. Der Stimmenzuwachs der Un-

sturzpartei wäre an sich nicht so bedenklich, wenn er auf den Wahlbezirk Thuin beschränkt bliebe. Aber dies ist leider nicht der Fall, da alle Nachwahlen seit Zusammentritt der Kammer die Socialdemokratie in einer wahrhaft beunruhigenden Weise begünstigt haben. Es muß als zweifellos hingestellt werden, daß sowohl die Liberale wie die katholische Kleinbourgeoisie mit Saad und Paad ins socialistische Lager überläuft, eine Bewegung, die uns selbst aus dem ganz clerikalen flandrischen Provinzen signalisirt wird. Begreiflicherweise erregen die fortgesetzten socialistischen Wahlerfolge sehr gerechtfertigte Besorgnisse in den leitenden Kreisen Belgiens, in denen man sich bereits mit dem Gedanken an eine socialdemokratische Kammer-Mehrheit in der nächsten Zeit vertraut macht. Schon das kommende Jahr, in welchem das belgische Parlament zur Hälfte erneuert werden muß, kann uns in dieser Beziehung die unliebsamsten Ueberraschungen bringen. Mag man auch das Zustandekommen einer socialistischen Parlaments-Mehrheit bei den nächsten Wahlen noch für ausgeschlossen erachten, so wird man sich doch der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die Socialdemokraten in's nächste Parlament mit einer derart starken Vertretung einzuziehen werden, daß an ein Regieren in Gegenwart von solchen Factoren nur schwer gedacht werden könnte. Unter solchen Umständen ist ein Sieg der Socialdemokratie bei den im October stattfindenden Gemeinderathswahlen trotz der im neuen Gemeindevahlgesetz errichteten Schranken sehr wahrscheinlich. Man kann sich denken, wie es dann in Belgien ausfallen wird, denn man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die belgische Socialdemokratie vielleicht die revolutionärste von allen ist.“

Man kann es der „Kreuzztg.“ allerdings nicht verdenken, daß sie schwere Befürchtungen hegt; in der That schildert sie das Anwachsen der Socialdemokratie ganz richtig. Aber, wenn sie doch das Answachsen der socialistischen Hochfluth erkennt, wie kann sie dann so blind sein, es mit nichtsnutzigen kleinlichen Mitteln hemmen zu wollen? Sie empfiehlt der belgischen Regierung Säuberung des socialistisch angehauchten Beamtenpersonals und billigt im Voraus die Maßregelung socialdemokratisch gesinnter Lehrer. Als ob dies das Geringste nützen würde! Deswegen wird der Socialismus doch unaufhaltsam vorschreiten, in Belgien wie in Deutschland, wo ja auch die kleinlichen Mittel der Reaction nicht zur Verfügung, da die Socialisten sich ja doch nicht vor die Kanonen locken lassen. So wird es denn bei den Klagegefängen bleiben.

Der französische Ministerpräsident, Herr Ribot, ist ein merkwürdig muthiger Mann. In seiner Rede (die allerdings im Großen und Ganzen nur die gewöhnlichen feichten Behauptungen unserer Bourgeois-gegner enthielt) in Bordeaux griff er die Socialisten heftig an; sie seien unthätig und unfruchtbar an wirklich schöpferischen Reformen. Die Socialisten haben Herrn Ribot schon in Bordeaux ausgepöffelt und schickten sich an, ihm gestern in der Kammer eine ausführliche Antwort zu geben. Was that nun Herr Ribot? Er kniff aus. Die Kammer hätte so viel zu thun, es seien dringende Arbeiten zu erledigen, und bergleichen Ausflüchte mehr. Die gefügige Mehrheit bewilligte ihm, daß die Interpellation einen Monat später verhandelt werde, und Herr Ribot hat so lange Ruhe. Jaurès versprach aber, auf die merkwürdigen Vorwürfe des Ministers schon früher zurückzukommen.

Bei den spanischen Municipalrathswahlen wurden, obwohl die Regierung alle Mittel der Corruption zur Anwendung brachte und auf die Wählermassen einen unerhörten Druck ausübte, doch drei Candidaten der socialistischen Partei gewählt, und zwar in Ferrol (der Socialist Fernandez), in Matara und in Bilbao (der Socialist Perezjagua). Aufgestellt waren socialistische Candidaten außerdem noch in Alicante, Oviedo, Sestao und in Villanueva y Geltrie. Einen socialistischen Stadtverordneten wies bisher nur der Municipalrath von Bilbao auf (den Genossen Orte); der Gegner des neugewählten Stadtverordneten Perezjagua war der Millionär Chavarri, genannt der „König von Vizcaya“, der allen aufgewandten Mühen zum Troz im Wahlkampfe schmachlich unterlegen ist. Der schöne Erfolg, den die spanischen Socialisten errungen haben, wird sie anspornen, nach und nach in die übrigen städtischen und provinziellen Körperschaften einzubringen und zuletzt auch in das bis jetzt noch „socialistenfreie“ Parlament einzubringen.

In Amerika ist die Bildung eines neuen capitalistischen Ringes vor sich gegangen und wird bald die weittragendsten Folgen zeitigen. Es ist bekannt, daß

der ungeheure Viehreichthum des amerikanischen Westens durch den großen Sammelplatz Chicago und durch die Nebenplätze Saint Louis, Kansas-City und in neuerer Zeit auch Omaha nach den Märkten des consumirenden Ostens und nach Europa, insbesondere nach England befördert und abgesetzt wird. Nach Neumann-Spallart's Uebersichten der Weltwirtschaft empfangen Chicago und die Nebenplätze im Jahre 1889 aus den großen Viehgebieten über 5 Millionen Stück Rindvieh, 11 Millionen Schweine und 3 Millionen Schafe. In Chicago werden die Thiere zum kleineren Theil verschifft, zum größeren Theil geschlachtet, und das Fleisch als frisch, gefalzen, zu Producten verarbeitet, als Büchsenfleisch u. s. w. verpackt und nach den großen Consumtions- und Vertheilungsplätzen Newyork, Boston, Philadelphia, Baltimore und weit über den Ocean verschifft. In diesem großartigen Fleischverkehr, der täglich Hunderttausende von Verkaufsläden der Großstädte versieht, waren bisher insbesondere vier Firmen tonangebend, Armour, Swift, Nelson Morris und Hammond, alle in Chicago; man nannte sie nur die „vier Riesen.“ Seit Jahren beherrschten diese Häuser, aber zum Theil sich Concurrenz machend, die Fleischversorgung. Jetzt verbündeten sie sich, schlossen mit den Viehherdenbesitzern, den „Viehfürsten“ (die Gesellschaft von Wyoming besitzt allein zwei Millionen Stück Rindvieh), und allen großen Viehhändlern Monopolverträge ab, die ihnen ihren ganzen Viehstand zu unerhört niedrigen Preisen ausschließlich sichern, und auf der anderen Seite zwangen sie die Schlächter, Fleischhauer u. s. w. unter eiserne Contracten, ihren ganzen Fleischbedarf von ihnen zu beziehen. Wo Schlächter sich widersetzten, eröffnete der Ring, ganz nach dem Vorbild der Petroleumkönige, Concurrenzläden, die das Fleisch zu halben Preisen abgaben, bis der trostbietenende Schlächter sich unterwarf. In ganz kurzer Zeit ging dann der Fleischpreis um 100 Proc., in den großen Städten selbst um 150 Procent in die Höhe, und das zu einer Zeit, in der die Viehpreise im Sinken begriffen sind. Der Ring steckt wöchentlich Millionen ein, die das Publikum ihm murrend und schimpfend aushändig. Der Fleischring deckt, mit ihm eng verbunden, wieder ein Syndicat der Gerber, das den Preis des Schuhwerks dictirt, ja das „Ring“-Fieber wird epidemisch; das Getreide folgt der allgemeinen Tendenz und die Brotpreise steigen; auch der Baumwollenring inscenirte eine tolle Gasse und vertheuert die Kleider. Der Petroleumring hat Staunen erregt, aber was bedeutet eine Verdoppelung des Petroleumpreises gegenüber einer Monopolisirung und furchtbaren Vertheuerung der wichtigsten täglichen Nahrung, des Fleisches?

### Parteiangelegenheiten.

**Die abermalige Beteiligungs** an der Bezirksstagswahl im Nordcanton Straßburg i. G. über die in Nr. 108 des „Vorwärts“ ein Parteigenosse seinen Tadel geäußert hatte, wird in einer Zuschrift des Parteigenossen B. Böhle in Straßburg wie folgt begründet:

Uns Straßburger Genossen war es nach der letzten Reichstagswahl klar, daß wir in Zukunft alle Kräfte aufbieten müßten, um das zu erhalten, was wir errungen haben. Wir haben hier nicht etwa eine Wählerchaft, die über ihre Interessen klar ist, sondern einen großen Haufen, der nicht recht weiß, was er will; dabei ist uns jede Agitation außer den Wahlzeiten fast gänzlich unmöglich gemacht. Sobald wir ein Local zu öffentlichen Versammlungen haben, kommt die Polizei und verbietet die Versammlungen aus „hauspolizeilichen“ Rücksichten. Die Wahlzeiten müssen wir deshalb zur Agitation ausnützen, umso mehr, da unter einem großen Theil der hiesigen Arbeiter noch die Ansicht herrscht, die sogen. freisinnige „Bürger-Zeitung“ verrete unseren Standpunkt. Es ist klar, daß diese Auffassung zu nichte gemacht werden muß, und das können wir eben nur durch Flugblätter thun, weshalb die 60 Mark, die uns der zweite Wahlgang gekostet hat, nicht zum Fenster hinaus geworfen waren. Für uns ist die sogenannte freisinnige Partei genau so viel werth, wie die Regierungs- und Clerikale Partei; wir bekämpfen sie alle drei bis aufs äußerste. Die sogenannte freisinnige Partei hält die gleiche Tactik wie die übrigen Parteien inne; ihre Versammlungen werden auch hinter verschlossenen Thüren abgehalten und erdreistet sich ein Socialdemokrat, hineinzugehen, so wird er ganz einfach an die frische Luft gesetzt. Gelegentlich der Reichstagswahl im Wahlkreis Ertzen-Molsheim schrieb die sogenannte freisinnige „Bürger-Ztg.“: Wir haben keine Ursache die Socialdemokratie zu unterstützen, wir bekämpfen sie. Und vor noch nicht allzu langer Zeit schrieb dasselbe Blatt, es sei in Deutschland traurig bestellt, sonst könnten im Reichstagswahl nicht keine Wankelkammer und socialistische Schiffsstöcke vorhanden sein. Weiter: Bei den letzten Reichstagswahlen ist der freisinnige Bürgerverein für den nationalliberalen Dr. Petri eingetreten und bei der Reichstagswahl im Nordcanton schlossen die Herren ein Bündniß mit den Clerikalen. Da hätte es gewiß nicht schon ausgefallen, wenn die Socialdemokratie im Bund als dritte erschienen wäre. Durch unsere Tactik nun wird erstens die Clerikale Partei aufgerieben, wofür die Wahl im Nordcanton der beste Beweis ist. Zweitens wird der Herr Petri durch die Hochburg der Clerikalen, heute ist er die Hochburg der Socialdemokratie. Zweitens ist unsere Tactik darauf berechnet, eine feste Partei zu schaffen; dazu ist nöthig, daß die Arbeiter den Unterschied zwischen „Freisinn“ und Socialdemokratie kennen lernen.



Haben wir erst eine fest geschlossene Partei, so können wir auch auf weitere Siege hoffen. Die sogenannte freisinnige „Bürger-Zeitung“, sowie deren Partei dagegen gehen darauf aus, die hiesige socialdemokratische Partei zu zerippen; jede Kleinigkeit, die bei uns passiert, wird mächtig aufgebauscht; wenn es an's Lügen und Verleumdungen geht, dann steht die „Bürger-Zeitung“ oben an. Mit unseren Gegnern haben wir also durchweg nichts gemein. Wir gehen unsere eigenen Wege; wer für uns stimmen will, ist uns willkommen. Der hiesigen Regierung endlich wollen wir kein Zuckerbrot verabreichen, — und Zuckerbrot wäre der sogenannte „freisinnige“ Candidat gewesen — sondern Sauerampfer. Drei Viertel der hiesigen Genossen billigen diese Taktik, ein Viertel nicht. Im übrigen sind die Straßburger Genossen die letzten, die sich von einer Person leithammeln lassen.

### Arbeiterbewegung.

Von den Schmöllner Knopfabrikern, die am Streit theilnahmen, haben noch nicht Alle, sondern 740 ihre Forderung durchgesetzt, während 160 noch im Ausstande verharren müssen, da deren Prinzipale — drei an der Zahl — noch nicht bewilligt haben. Die Forderung besteht bekanntlich darin, daß der sogenannte Einheitstarif nicht als Maximaltarif, wie die Unternehmer wollten, sondern als Minimaltarif gelten soll. Die 160 Mann sind also noch zu unterstützen, weshalb es dringend nötig ist, daß die Sammlungen für die Schmöllner Knopfabriker in den Kreisen der deutschen Arbeiter fortgesetzt werden. Die Gelder sind zu senden an den Kassirer des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Bohne in Stuttgart, Böhringerstr. 127.

Die Steiniger Sagens, die bis jetzt bei elfstündiger Arbeitszeit 28 Pf. Stundenlohn (ältere Arbeiter gar nur 18 Pf.) beziehen, wollen Aufbesserung dieses jämmerlichen Lohnes haben. Ihr Begehren ist abgelehnt worden. Sie bitten nun ihre auswärtigen Kameraden um Vermeidung des Zuguges, damit sie ihre Forderung durchsetzen können.

**Wichtig, Metallarbeiter!** Wegen Maßregelung eines Kollegen, der bei der Firma Brand und Warand'sk. Metallwaarenfabrik in Markranstädt, um Freigabe des 1. Mai vorstellig wurde, wird gebeten, bis auf Weiteres den Zugang fernzuhalten. Das gleiche Geheiß wird an die Formner in Beziehung auf die Fabriken Offenbach a. M. geschickt.

Zugang von Kalern ist fernzuhalten von Dormund, Nürnberg, Fürth und Karlsruhe. In Lübeck hat der Streit mit einem theilweisen Siege geendet.

Die Löhner werden ersucht, den Zugang zu vermeiden nach Görlitz, Sretzin, Berlin, (wo folgende Firmen geberet sind: Tittel, Bruck, Grapp, Jünger, Wenzel und Daber in Ritzdorf) ferner nach der Firma Herzog in Breslau, für Werkstübenerbeiter nach Nürnberg (Firma Kuttler). In Bielefeld ist die Firma Zeuge geberet.

Ueber den Porzellanarbeiterstreit in Altwasser schreibt das Gehilfenorgan „Die Ameise“, so bedauerlich es sei, daß die Direction sich nicht auf Unterhandlungen mit den Ausständigen einlasse, so erzwunglich sei der Zusammenhalt der Ausständigen. Die Versuche der Direction, Arbeiter von auswärts zu bekommen, glückte nur in vereinzelten Fällen, und gewöhnlich schüttelten die neuengagierten Arbeiter sofort wieder den Staub von den Pantoffeln.

Beendet ist der Streit der Arbeiter der Palmiermühl-Fabriken normals Heins u. Aßbed in Harburg und zwar durch Vermittelung des Syndicus Demise. Die Arbeiter erhalten 20 Pfg. Lohnzulage pro Tag.

In Fürth sind die Arbeiter der Postenträgerfabrik von Heimann im Ausstand.

Zur internationalen Konferenz der Bildhauer, die am 5. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr, in Nürnberg in den Centralhallen am Rathhof zusammentreten wird, ist folgende Tagesordnung vorgeschlagen: 1. Bericht (mündlich oder schriftlich) über die Lage der Bildhauer bezw. über den Stand der Organisation in den verschiedenen Ländern. 2. Wie muß eine Vereinigung beschaffen sein, um ihren Hauptzweck, Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu entsprechen? 3. Wie sind die nichtorganisierten Bildhauer zu organisieren, mit besonderer Berücksichtigung Italiens. 4. Empfiehlt sich die Einrichtung eines internationalen Secretariats? Der Konferenz voran geht die General-Versammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands, die am 3. Juni, Vormittags 9 Uhr, in demselben Local zusammentritt.

An der Vertrauensmänner-Konferenz der Gewerkschaften Württembergs, die kürzlich in Stuttgart abgehalten wurde, nahmen auch die Fabrikinspektoren Berner, Hochreiter und Hasbegg mit ihren Vorgesetzten theil, um den Bericht mit zu vernehmen, den die einzelnen Delegierten über das Interesse der Arbeiter an der Fabrikinspektion erbrachten. Mit wenigen Ausnahmen klagen die Delegierten darüber, daß viele Arbeiter sich entweder fürchten, nachgehende Rippen zur Anzeige zu bringen, wieder andere die Hoffnung aufgegeben haben, auf diesem Wege Abhilfe zu erzielen. Auf der Konferenz waren die Gewerkschaften der Orte Eßlingen, Eßlingen, Feuerbach, Göttingen, Linsheim, Schwabmühlbach, Oberndorf, Ravensburg, Reutlingen, Schwabmühlbach, Ulm, Heidenheim, Jüßenhausen, Reutlingen, Schwabmühlbach, Schwabmühlbach und Unterrietschellen durch zusammen 18 Delegierte vertreten.

### Politische Prozesse.

Von einem neuen Angriff auf die Pressefreiheit jagt ein Urtheil, welches Sonnabend ein Berliner Landgericht fällte. Angeklagt waren Redacteur Fr. Schälze und Druckereibesitzer M. Bading. Ersterer hatte zum 18. März d. J. eine Druckschrift herausgegeben, die aus anderen ähnlichen früher erschienenen Gelegenheitschriften zusammengestellt war und Artikel enthielt, wegen deren früher Anklage am Grund § 130 des St.-G.-B. erhoben war, aber bis zum Reichsgericht hin Freisprechung erfolgte. Letzterer hatte jene Flugschrift gedruckt. Gegen Beide ist nunmehr auch jetzt

wieder wegen derselben Artikel Anklage aus § 130 erhoben und Sonnabend unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Aus der Verhandlung heben wir hervor, daß thatsächlich festgestellt wurde, daß früher wegen derselben Artikel Anklage von der Staatsanwaltschaft erhoben war, aber in allen Fällen Freisprechung erfolgte. Festgestellt wurde ferner, daß der Druckauftrag in Abwesenheit des Druckereibesitzers Bading an dessen Geschäftsführer erteilt war, daß letzterer das Manuscript in Druck gegeben hat und seinem Chef nur Mittheilung von der Preiscalculation machte. Auf die Verhandlung selbst können wir Raum mangels halber nicht ausführlich eingehen. Die Angeklagten wurden vom Rechtsanwalt Freudenthal sehr wirkungsvoll vertheidigt.

Nach längerer Berathung verkündete der Gerichtshof das Urtheil dahin, daß beide Angeklagte zu verurtheilen seien, und zwar Bading zu — zwei, Schälze zu vier Monaten Gefängniß. Bading sei für das in seiner Officin Hergestellte auch dann verantwortlich, wenn er von dem Inhalt des Gedruckten keine Kenntniß genommen habe. Daß die incrimirten Stellen früher nach erhobener Anklage für straffrei von den Gerichten rechtskräftig erkannt waren, könne die Angeklagten nicht entschuldigen. Bei der Urtheilsverkündung, die öffentlich erfolgte, wurden sämtliche Stellen, deren Staatsgefährlichkeit halber die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, vom Vorsitzenden des Gerichts, dem aus dem westlichen Industriebezirk nach Berlin beförderten Langerichts-Director Leonhardt, öffentlich verlesen. Zu Gewaltthatigkeiten wurde dadurch niemand angeleitet.

Die vorstehend referirte Gerichtsverhandlung wirft insbesondere nach zwei Richtungen hin bemerkenswerthe Schlaglichter auf unsere Rechtsprechung ohne Umsturzgesetz. Genau dieselben Artikel, die vor zwei Jahren als straffrei von der Berliner Strafkammer und vom Reichsgericht erachtet waren, sind heute strafbar, nicht weil inzwischen das Umsturzgesetz Gesetz geworden oder weil wir mit anderen neuen Gesetzen bescheert sind, sondern weil zufällig heute andere Richter an der Urteilsfällung theilnehmen. So will es der „Rechtsstaat“. Und weit darüber hinausgehend: der Druckereibesitzer, der nachweislich von keinem Artikel Kenntniß hatte, ist strafbar, weil das Gericht den Inhaber einer Druckerei für den Inhalt des in seiner Offizin Hergestellten unter allen Umständen für verantwortlich erachtet. Diese Rechtsanschauung widerspricht schnurstracks zum mindesten dem Geist des Pressegesetzes und zeigt, wie recht die Mitglieder aller Parteien — auch der conservativen — hatten, als sie in der Justiznovellen-Kommission betonten, daß derartige Urtheile zeigen, daß gelehrte Richter mit der Art der technischen Herstellung einer Zeitung außerordentlich wenig vertraut zu sein scheinen. Mit demselben Recht, wie im vorliegenden Fall der Buchdruckereibesitzer, kann im nächsten der Setzer, der Stereotypen, der Laufjunge, der Expedient und die Zeitungsfrak verantwortlich gemacht werden. Das Urtheil bedroht die Pressefreiheit überhaupt und berührt nicht etwa bloß die socialdemokratische Partei allein. Selbsamt darf man darauf sein, ob das Reichsgericht das Urtheil bestätigen wird, das die Freisprechung der incrimirten Artikel in den früheren Fällen für unbedenklich erklärt hatte und aus dessen Reihe hervorgehende Mitglieder sich in Wort und Schrift mit Schärfe gegen den Versuch gerichtet haben, die Contraction des dolus eventualis auf Druckereibesitzer, Setzer u. auszuheben.

### Gerichtliches.

**Ein Dieb!** Ein fünfjähriges Mädchen kumpelt vor den Thüren in Wien. Vor zwei Tagen erst aus dem Spital entlassen, sah sie ein modernes Umhängmütz, damit sie leichter im Freien überdecken konnte. Ihr Nachbarn, der sie in der Gasse sah, rief sie an. Sie ist so gewöhnt seit Jahren, seit sie durch Noth zum Diebstahl gezwungen wurde, zwischen Spital und Arrest zu wandern, sie hat und hat die „indere“ Rechte bringt sie in irgend einem Umhängmütz im Winter, im Freien zur warmen Zeit zu. Sie leugnet und findet alles graulich: die Angeklagte ist Weber, den Justizbeamten, der sie ziemlich unheimlich ansah, und schließlich auch der Umhang, das man das gewöhnliche Tuch der Beschädigten ausfährt. Das Urtheil lautet auf zehn Tage Arrest. Als sie der Richter fragt, was sie thun werde, wenn sie wieder herauskommen, sagt sie: „Das noch i no net, das hängt von der Weisung ab. Wenn's ihnen is, dann schick i beuagt. Ich hab' geh' i wieder ins Spital, do nehme'n mi' ihon.“ — Von eine solche Wahl ist eine Strafe gewiss!

**Ein „Bogabundin“ aus Sibirien.** Der dem Bergsteigerin Dorothea (Sara) gepredigte Jährlingsbrot tief den Namen Sarah an. Auf ihrem Kopf erschien ein amüßlich gelbliches Netz mit vergeblichen Gedächtnissen in Begleitung eines den Kinderbesitzer nach nicht erkennbaren Mädchen im Genick. Richter: Was nützen Sie? — Das Netz: Bitte, Herr Richter, ich bin dem Kaiser Stoppel

sein Weib. — Richter: Ja, warum kommt denn Ihr Weib nicht selbst? — Frau Stoppel: Ach, der kann nicht gehen, weil er fortwährend krank ist. — Der Richter verliest die Anklage. Derselben ist zu entnehmen, daß die Tochter des Schuhmachers Anton Stoppel am 15. Februar von dem Polizeigenossen Sebastian Schneider zur Anzeige gebracht wurde, weil sie an genanntem Tage in der Grödenparzerstraße bettelte. Aus diesem Grunde war gegen Anton Stoppel die Anklage erhoben worden, welche ihm zur Verurteilung legte, seine 13 jährige Tochter Emilie Stoppel betteln zu lassen. — Richter: Nun, was sagen Sie zu der Anklage, haben Sie oder Ihr Mann das Kind betteln geschickt? Frau Stoppel: Nein. — Richter: Wie ist denn aber die Sache so etwas eingefallen? Frau Stoppel: Ja, mein Mann ist das ganze Jahr hindurch krank. Er ist Schuhmachersgehilfe, kann aber, durch seine Krankheit gehindert, nicht arbeiten. Ich arbeite, so viel ich nur kann, aber es ist schwer, eine ganze Familie allein zu erhalten. Herr Richter, wir sind der bittersten Noth preisgegeben. Damals, an dem Tage, wo meine Tochter wegen Bettelns angezeigt wurde, war auch ich krank. Kein Kreuzer Geld war im Hause, kein Bissen Brot. Wir haben den ganzen Tag gehungelt und waren ganz verzweifelt. Gegen Abend hat meine Tochter, ohne eine Wort zu sagen, sich aufgerafft und fortgegangen. Wie ich später erfahren habe, ist die Kleine betteln gegangen, um unseren Hunger zu stillen. — Richter fragt Emilie Stoppel, ein hübsch und nett aussehendes Mädchen mit sympathischen Gesichtszügen, ob die Angaben ihrer Mutter auf Wahrheit beruhen, was die Kleine mit leiser Stimme bejaht. — Richter: Also warum hast Du bettelt? — Emilie Stoppel: Weil es den Eltern so schlecht gegangen ist und ich ihnen gern ein bißel geholfen hätte. Richter: Haben dich die Eltern aufgefordert, betteln zu gehen? — Emilie Stoppel: Nein, mir ist das selbst eingefallen. Der staatsanwaltschaftliche Functionär tritt angesichts der Umstände von der Anklage gegen Anton Stoppel zurück, worauf der Richter diesen freispricht. — An der kleinen Emilie, dem armen Proletarierkind, das den bitteren Kampf um Dasein schon in so jungen Jahren kennen lernen muß, das betteln ging, um seinen Eltern ein Stückchen Brot heim zu bringen zu können, könnten sich aber gar viele in Reichthum und Leppigkeit aufwachsende Sproßlinge aus den „bejagten Häusern“ ein Beispiel nehmen.

### Vermishtes.

Der verüchtigte „Lichborne“-Präsident, dessen Ansprüche auf den Titel und die Besitzungen der Lichborne Baronie f. J. die Veranlassung zu jenem ungeheuren Sensations-Prozesse waren, der Jahre lang dauerte und in den durch öffentliche Subscription über 40 Millionen Pfund aufgebracht wurden, hat am Donnerstag in London ein Verkenntniß unterzeichnet, des Inhaltes, daß sein wirklich Name Arthur Orton und daß er der Sohn eines Metzgers sei. Der große Betrug in der Geschichte moderner Criminalfälle ist hierdurch klargestellt. Lichborne war ein reicher, kinderloser Mann in England, dessen große Erbschaft den Seitenverwandten, die sie in Besitz genommen hatten, von einem Fleischergehilfen aus Nordwales streitig gemacht ward, der sich für ein längst verschollenes, einst bei Australien mit einem Schiffe untergegangenen Sohn des Verstorbenen, Sir Roger Lichborne, ausgab. Unterstützt von Advocaten und Agitatoren, gelang es dem Präsidenten, die öffentliche Meinung für sich zu interessieren und einen Proceß gegen die Erben einzuleiten, für dessen Kosten seine Anhänger allmählich 60,000 Pfund Sterling aufbrachten. Dieser Proceß zog sich in Folge der zahlreichen weit hergeholtten Schutz- und Belastungszeugen und der Winkelzüge der Advocaten lange hin, der Präsident wurde aber endlich abgewiesen und 1877 wegen doppelten Meideids zu 14 J. Zuchthaus verurtheilt. Obwohl bei den Verhandlungen der Lichborne-Präsident sich als dem Bescholtenen ganz unähnlich, überdies roh und ungebildet erwies, wurde die Agitation für ihn auch nach seiner Verurteilung fortgesetzt, sowohl in Lichborne-Meetings und Zeitungsartikeln als auch im Parlament, wo Kenealy und Whalley in seiner annahm und Einsetzung ihres Schützlings in seine Rechte forderten.

**Alter Wein!** Das „Borarlberger Volksblatt“ meldet Hundertdreißig Jahre alter Wein wurde beim Abbrechen der St. Anna-Kapelle in Burren gefunden. Es wurde nämlich der alte Grundstein der Kapelle gehoben und geöffnet. In demselben befanden sich ein vierediger Zinnbehälter und in diesem vier Trinkgläser voll Frucht, von denen aber nur eines, mit Hafer gefüllt, gut erhalten war. Ferner fanden sich Goldmünzen, sowie ein Fläschchen Weiger und ein Fläschchen Rother, der heute nach 130 Jahren noch glatt hell ist.

**Ein dänisches Indianermädchen.** Aus Kopenhagen schreibt man: Ein Indianermädchen, das unter den Indianern Centralamerikas aufgewachsen und dessen Leben recht abenteuerlich ist, ist kürzlich hier angekommen. Einigen Jahren war ein dänischer Arzt Namens Lassen in Buenos-Ayres gereist, um dort sein Glück zu versuchen. Bekam eine große Praxis und erwarb ein bedeutendes Vermögen. Gegen die Armen war er sehr wohlthätig, und hatte er auch ein kleines Indianermädchen, dessen Eltern verstorben waren, zu sich genommen. Als er nach Dänemark zurückkehrte, nahm er das sechsjährige Mädchen mit sich. Hier verheiratete er sich mit einer reichen Dame, die anfänglich mit der „Witgift“, die der Arzt ihr brachte, nicht sehr zufrieden war, jedoch später das Indianermädchen recht lieb gewann. Das Kind erhielt eine gute Erziehung und wurde nach dem Tode ihres Wohlthäters in einer Erziehungsanstalt untergebracht.

Verantwortlicher Redacteur: E. Reutirch; — Redaction: Neue Graupenstraße 5.6; — für den Inseratentheil: E. Zahn; — Expedition: Neue Graupenstraße 5.6; — Verlag: D. Schatz & Co.; — Druck von Th. Schatzky; — sämtlich in Breslau.

Hierzu eine Beilage.



## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

96. Sitzung vom 20. Mai, 1 Uhr.

Zur ersten Berathung steht zunächst der Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung des Sklavenraubes und Sklavenhandels. Die Theilnahme am Sklavenraub wird in demselben mit Zuchthaus, die Betreibung des Sklavenhandels ebenfalls mit Zuchthaus, beim Vorhandensein milderer Umstände mit Gefängnis, nebst den üblichen Nebenstrafen bedroht.

Abg. Kimpau (natl.) sieht in dem Entwurf eine ganz wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes und bittet das Haus, denselben anzunehmen.

Abg. Groeber (Centr.) stimmt dem Entwurf gleichfalls im Princip zu, wenn er sich auch für die zweite Lesung einzelne Abänderungsanträge vorbehalten müsse. Vor allem möchte er neben der Freiheitsstrafe auf hohe Geldstrafen erkannt werden. Bei den hohen Gewinnen, welche die Sklavenhändler aus ihrem Gewerbe zögen, seien solche durchaus gerechtfertigt.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Reichsp.) will auch seinerseits dem schnellen Zustandekommen des Gesetzes nicht in den Weg liegen und vor allem keine Commissionsarbeiten beantragen, obwohl ihm der Entwurf nicht weit genug gehe. Es müsse nachdrücklicher auf die völlige Beseitigung des Sklavenhandels in unseren Colonien hingewirkt werden. Dazu sei es nöthig, daß auch der Sklavenkauf unter Strafe gestellt werde.

Director der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes Dr. Kayser erwidert, der Entwurf entspreche einer vom Reichstage angenommenen Resolution und der gesetzlichen Regelung der Materie sei eine vom früheren Reichstage veranlassete Enquete vorausgegangen. Ueber die Abänderungsvorschläge des Abg. Groeber könne er sich Namens der verbündeten Regierungen noch nicht äußern.

Abg. Dr. v. Buchka (cons.) würde weitergehende Bestimmungen auch gern gesehen haben, empfiehlt dem Hause aber doch, im Interesse des schnellen Zustandekommens des Gesetzes, sich auf das Vorgelegene zu beschränken.

Abg. Mollkenbühr (Soc.) Den Anforderungen, die die Brüsseler Convention an Deutschland gestellt hat, entspricht der Gesetzentwurf insofern, als Deutschland dadurch in die Reihe civilisirter Staaten tritt, die irgend etwas gegen die Sklaverei unternommen haben. Das ist aber auch alles. An den thatsächlichen Verhältnissen wird dadurch nichts geändert. All die bekannten Mißstände werden dadurch nicht getroffen. Wenn man vor einiger Zeit von dem bekannten Sklavenhandel der Herren N. u. G. viel zu erzählen wußte, so wird dieser Handel mit derartigen Gesetzen nicht getroffen werden können, da die Herren sagen, das was sie treiben sei nicht Sklavenhandel, sondern Arbeitsmittel. Nun weiß ich zwar, daß es nicht möglich sein wird, ein Gesetz aus dem Handgelenk zu schütteln, das mit einem Male die alten afrikanischen Verhältnisse auf den Kopf stellen und eine Tausende alte Institution mit einem Schlage beseitigen könnte. Die Sklaverei mag an und für sich so verwerflich sein, wie sie will, am verderblichsten wird sie dort, wo sie gemischt wird mit moderner Kultur. Gerade die Sklaven, die sich im Besitz eines europäischen Capitalisten befinden, werden am aller schlimmsten unter der Ausbeutung zu leiden haben. Gerade für diese Fälle verlag das Gesetz. Es ist nur vom Sklavenraub und Sklavenhandel, aber nicht von der Sklavenhaltung die Rede und darum können Sklaven im Dienst der Europäer sehr wohl ausgenutzt werden. Wenn nun auch mitgetheilt wird, daß jeder Sklave, der in den Besitz eines Nichteingeborenen übergeht, ohne weiteres als in Freiheit versetzt angesehen wird, so ist damit nicht gesagt, daß derjenige Sklave, der für einen Europäer arbeitet, damit auch nothwendiger Weise in den Besitz eines Europäers übergeht. Es kann ein Besitzer von so und so viel Sklaven für Rech-

nung eines Europäers arbeiten, und in diesem Falle ist der Sklave in den Dienst der europäischen Kultur gestellt und am aller schlimmsten daran. Die Profitgier ist grenzenlos. Hier hätte in erster Linie die Gesetzgebung eingzugreifen. Daß gerade die cultivirten Sklavenbesitzer mit ihren Sklaven am schlimmsten umgehen, das haben wir in Amerika in den Südstaaten gesehen. Wird zum Beispiel ein Sklave mit 20 Pfund Sterling bezahlt, und der Mann kostet das Jahr über 5 Pfund zur Unterhaltung, so werden, wenn er 15 Pfund Werth erzeugt, immer 4 Jahre erforderlich sein, ehe der Besitzer Profit daraus zieht. Weiß er nun einmal die Erträge auf 20 Pfund zu steigern, so tritt bereits nach zweijähriger Ausbeutung Profit ein und deshalb wird jeder Besitzer darauf bedacht sein, möglichst hohe Profite aus dem Sklaven herauszuschlagen. Weber dieses Gesetz, noch sonst etwas sagt uns, was denn eigentlich ein Sklave ist. Es wurde hier von der Regierungsseite hervorgehoben: Sklaven im Besitz von Europäern haben wir nicht. In Hamburg sagte der Richter in einer Gerichtsverhandlung, es sei in ihr manches zu Tage getreten, was den Verdacht nahe lege, die mit der Firma Wörmann associirte Firma Wölber u. Brohm treibe Sklavenhandel. Man dürfe auf die afrikanischen Verhältnisse aber keine europäischen Begriffe anwenden. Im europäischen Sinne gäbe es in Afrika überhaupt keine freien Arbeiter! (Hört! hört! links.) — Da muß man denn doch fragen: Wenn es keine freien Arbeiter giebt, was sind sie denn dann? Sklaven, denn ein Mittelglied giebt es nicht! Es muß festgestellt werden im Gesetz, was unter Sklave zu verstehen ist. Die Gesetze aller übrigen Staaten sind viel weitergehend. Auch dieses Gesetz sollte in einer Commission einer gründlichen Prüfung unterworfen werden. Es wurde in der Brüsseler Acte mit Emphase verkündet, man wolle Afrika die Wohlthaten des Friedens und der Civilisation zusichern. Ja, will man das, dann hat man mit viel weitergehenden Gesetzen vorzugehen, als das bei der gegenwärtigen Vorlage der Fall ist. (Sehr wahr! links.)

Director Dr. Kayser erwidert, es fehle nicht an Bestimmungen zum Schutz der in Schuldknechtschaft befindlichen Personen. Da diese als Sklaven nicht anzusehen seien, gehörten sie auch nicht in dieses Gesetz.

Abg. Mollkenbühr (Soc.). Man wirft mir vor, daß ich mich auf die Ausdrucksform verleihe. Aber wenn es z. B. in der englischen Gesetzgebung heißt: „Sklaven oder Personen, die als Sklaven behandelt werden,“ so ist es nicht mehr nöthwendig, daß sie unfrei sind, sondern die einfache Behandlung genügt, um unter die Sklavenacte zu fallen. In Indien heißt es: „In Sklaverei bringen oder solche Verfügung über sie zu treffen, daß sie in Gefahr kommen, in Sklaverei gebracht zu werden.“ Also überall hat man zunächst den Begriff „Sklave“ festgestellt; das geschieht aber hier nicht, denn man spricht hier von „Arbeitern“. Ja, was sind denn eigentlich „freie Arbeiter“, die auf Vertrag engagirt werden? Jene von Wölber und Brohm engagirten Leute waren auf Vertrag engagirt, der von einem deutschen Consul geschlossen worden ist. Der betreffende Vertrag war unterzeichnet mit Kreuzen. Nach Ansicht der Polizeibeamten sind die Kreuze jänntlich von einer Person gemacht worden. Aber genug, der Vertrag lag vor und deshalb wurde nicht mehr danach gefragt, ob die Leute als Sklaven behandelt werden, ob sie in der That nicht auch Sklaven sind. Es wurde angeführt, daß der deutsche Richter den Sklavenhandel hätte feststellen können. Ja, es ist zur gerichtlichen Verhandlung gekommen. Dabei wurde der Verdacht ausgesprochen, daß Sklavenhandel vorliegen könne, weiter nichts. Ich möchte denn doch beantragen, daß gerade dieses Gesetz einer Commission überwiefen wird, damit wenigstens etwas zu Stande kommt, was brauchbar ist, so ist es unter keinen Umständen zur Bekämpfung des Sklavenhandels geeignet. Ich beantrage eine Commission von 14 Mitgliedern. (Bravo bei den Sociald.)

Damit schließt die Discussion. Der Antrag Mollkenbühr, den Entwurf einer Commission von

14 Mitgliedern zu überweisen, wird abgelehnt. Das Haus tritt sofort in die zweite Lesung der Vorlage ein. In dieser beantragt zu § 1 (Sklavenraub)

Abg. Groeber (Centr.), statt der Theilnahme die „vorsätzliche Mitwirkung“ am Sklavenraub als Voraussetzung der Strafbarkeit zu bestimmen.

Abg. Stadthagen (Soc.) beantragt, eine Bestimmung zu streichen, nach der in dem Falle, daß beim Streifzug der Tod einer Person verursacht worden, gegen die Veranlasser und Anführer auf Todesstrafe soll erkannt werden können. Es soll vielmehr allgemein Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren eintreten. Die Todesstrafe sei etwas Unfittliches, man dürfe sie daher hier nicht statuiren, zumal das Vergehen bisher niemals so hart bestraft worden sei.

Director Dr. Kayser bittet, den Antrag Stadthagen abzulehnen. Die Statuirung der Todesstrafe entspreche den Wünschen der früheren Commission des Reichstages, des Colonialraths und zahlreicher Missionäre. Auch Major von Wismann habe sich für dieselbe ausgesprochen.

Abg. Groeber hält es gerade dem Sklavenraube gegenüber für durchaus angebracht, mit den härtesten Strafen vorzugehen. Gerade hier halte er die Todesstrafe für angebracht. Sein eigener Antrag bezwecke den Wortlaut des § 1 mit demjenigen des § 2 in Uebereinstimmung zu bringen. Im letzteren sei nicht von Theilnahme, sondern von vorsätzlicher Mitwirkung die Rede, und diesen Ausdruck halte er juristisch für zutreffender.

Staatssecretär Nieberding glaubt, die verbündeten Regierungen würden gegen die vom Abg. Groeber beantragte Aenderung keine wesentlichen Bedenken hegen.

Abg. Stadthagen meint, Abg. Groeber müsse seinen Standpunkt als berechtigt anerkennen, wenn er erfahre, daß seine Freunde die Todesstrafe keineswegs für die schärfste ansähen.

Damit schließt die Discussion. Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt, der Antrag Groeber angenommen. Ebenso § 1 mit der dadurch herbeigeführten Aenderung.

In § 2 beantragt Abg. Stadthagen, nicht nur den Sklavenhandel, sondern auch den Sklavenbesitz unter Strafe zu stellen und weist zur Begründung darauf hin, daß in den französischen Colonien eine solche Bestimmung bereits bestehe. Gasse man den Sklavenbesitz straffrei, so schlage das dem sittlichen Gefühl, dem Schamgefühl direct ins Gesicht. Unter dem Schutz des deutschen Reichs dürfe so etwas nicht gebilligt werden. Das Centrum hätte alle Ursache, seinem Antrage zuzustimmen. Nehme der Bundesrath die Vorlage dann nicht an, so gehe daraus hervor, daß sie nur der Heuchelei habe dienen sollen.

Präs. Frhr. v. Hugel bezeichnet diese Aeußerung als unparlamentarisch und ruft den Abgeordneten Stadthagen zur Ordnung.

Abg. v. Buchka spricht sich gegen den Antrag Stadthagen aus.

Abg. Groeber beantragt folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher die in den deutschen Schutzgebieten unter den Eingeborenen bestehende Hausklaverei und Schuldknechtschaft einer ihre Beseitigung vorbereitenden Regelung unterwirft.“ Da diese Resolution in Gemeinschaft mit § 2 berathen werden soll, spricht sich der Antragsteller zunächst gegen den nach seiner Ansicht überflüssigen Antrag Stadthagen aus. Das Reichsstrafgesetzbuch sei in die Colonien eingeführt, und dieses verbiete ja das Sklavenhalten. Dagegen müsse auch der Rest von Sklaverei, der unter den Eingeborenen noch bestehe, baldmöglichst beseitigt werden. Darauf wolle die von ihm beantragte Resolution hinwirken, und er bitte, dieselbe anzunehmen.

Abg. Stadthagen kann sich von der Resolution keinen Erfolg versprechen; die Regierung sei durch nichts verpflichtet, ihr Folge zu geben. Darum solle man lieber das

## Aus der sicilianischen Bauernerhebung.

Von Benedetto Salenti.

(Schluß.)

Raum ein Jahr war seit dem Kampf von Caltavuturo verfloßen, der unbestraft blieb, und es folgten die Niedermetzungen von Serradifalco, Alcamo, Giardinello, Lercara, Pietraperzia, Gibellina, Marinco.

Die Regierung verhängte den Belagerungszustand und quartirte auf der Insel 50,000 Soldaten etc., um die Partei stärker niederzuhalten und das Recht zur Verfügung der Unterdrückung zu stellen und sie zum Werkzeug ihrer Rache zu machen.

Beim ersten Organisiren der proletarischen Kräfte entstanden viele Anzükömmlichkeiten. Natürlich. Es kam vor, daß hier und dort die Fasci an inneren Streitigkeiten litten oder unter dem privaten Charakter der lokalen Fragen, wie in Santa Caterina Villarmosa, wo zwei Tage nach Verhängung des Belagerungszustandes die letzte Mezelei vorfiel. In diesem hauptsächlich bäuerlichen Drie ist das Elend groß, verschärft durch ein hartes, communales Steuerfytem, das nicht ärger sein konnte. Die Herren zum Beispiele, welche in ihre Magazine ganze Ladungen von Getreide, Wein, Käse, Obst ablagern, zahlen nichts für die Gemeinde, während die Armen, welche für den unmittelbaren Gebrauh die nothwendigsten Dinge kaufen, die Wiederverkaufsteuer zahlen müssen, die von der Gemeinde den

Wiederverkäufern auferlegt wurde. Dann bewahrt niemand den Bauer vor der Steuer, die er für seinen Waaren und sein Thier zahlen muß, das ihm bei der Feldarbeit hilft; aber der Herr, der zehn Maulesel hat, die ihm zum Transport der Producte dienen, braucht, bloß weil er Sindaco oder Rath ist, nur den dritten Theil oder gar nichts von seiner Steuerpflicht zu entrichten.

Die Partei der Minorität suchte sich vor der Unzufriedenheit des Volkes durch Niederschlagen ihrer Gegner zu sichern, und der Fascio, der mit der ersten Absicht auf Kampf gegründet worden war, wurde die Zielscheibe der beordlichen Quälereien. Deßhalb waren die Bauern des Glends müde, und jede Begünstigung der Reichen empörte sie. Im Fascio begann man von Demonstrationen gegen die Gemeindeverwaltung zu sprechen behufs Reducirung oder geraswegs Abschaffung der Steuern. Das Municipium ließ den Hinweis verbreiten, daß überall die Demonstrationen im Blut erstickt worden waren, also nutzlos seien. Die Bauern wieder wollten zeigen, daß sie zu jenen gehören, die durch ihre Demonstration da und dort ihre Wünsche erreicht hatten.

So begab sich denn am 2. Januar eine Volksmenge unter die Fenster des Gemeindehauses und schrie: „Weg mit den Steuern, wir wollen nichts mehr zahlen!“ An diesem Tage hörten die Ber-

sprechungen auf. Am vierten Tage wiederholten die Bauern die Demonstration, und nun beschloßen der Sindaco und

die Verwalter, die armen Leute von einigen Steuern zu befreien, aber es herrschte die Meinung vor, es seien ganz geringfügige Reductionen hinreichend, das Volk zufriedenzustellen.

Wenn das nun nicht geschähe und das Volk nicht zufrieden wäre und sich betrogen sähe . . . !

Am Morgen des 5. Januar riefen die Trompeten des Fascio die Bauern zu einer Versammlung auf der großen Piazza Garibaldi. Zwei Führer ohne Autorität, welche nach der durch Parteilungen herbeigeführten Spaltung im Fascio geblieben waren, riefen der Menge vergebens, von jeder Manifestation abzustehen. Die Ermahnungen wurden mit den Rufen erwidert: „Weg mit den Steuern, nieder mit dem Sindaco!“ Als Tausende von Bauern auf dem Plage versammelt waren, kam aus dem Local des Fascio die rothe Fahne, feillich entfaltet, heraus. Aus viertausend Kehler erhob sich ein einziger Ruf: „Hoch der Fascio!“

Gleich darauf entstand feierliches Schweigen. Der Fahnenträger befestigte an der Spitze der Fahnenstange ein großes Kreuz. Von dieser Höhe mit den angenagelten Armen, das Haupt geneigt, gleichsam melancholisch die Menge bewundernd, schien Christus diese dem Tode geweihte Menge zu bemitleiden. Dann befestigten sie zum dem Bildniß Gottes die Porträts des Königs und der Königin, die den Soldaten entgegen sollten, daß das Volk von Santa Caterina keinen Haß gegen sie fühle.

Nun erhoben sich die Fahnen flatternd ein zweites



Verbot des Sklavenhaltens in das Gesetz aufnehmen; dann müsse der Bundesrath sofort Stellung zu demselben nehmen. Heute bildeten die Deutschen die Sklaverei nicht nur, sie wickeln sogar bei Verträgen mit, durch die Sklaven gekauft oder auf andere Weise übertragen würden. Er bitte daher, seinen Antrag anzunehmen. Eine gleiche Vorschrift bestehe bereits in Frankreich und in den Vereinigten Staaten. Wenn Abg. v. Buchta schrittweises Vorgehen empfehle, so meine er wohl ein ähnliches, wie bei der medlenburgischen Verfassung.

Abg. v. Buchta erklärt, er habe dem Vorredner in dessen Gedankengang nicht folgen können und verstehe nicht, was die medlenburgische Verfassung mit dem Sklavenhandel zu thun habe.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt, § 2 unverändert angenommen.

§ 3 handelt von den zulässigen Nebenstrafen: Polizeiaufsicht und Einziehung der zur Begehung des Verbrechens gebrauchten Gegenstände.

Abg. Stadthagen beantragt, auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Geldstrafen bis zu 100,000 Mk. zuzulassen, die Einziehung der zur Begehung des Verbrechens gebrauchten Gegenstände, Schiffe u. s. w. obligatorisch zu machen. Eine zarte Rücksichtnahme auf die Verbrecher, uns sei es auch die Firma Woermann, sei hier nicht angebracht.

Abg. Groeber beantragt, als Nebenstrafen Geldstrafe von 10,000—100,000 Mark zuzulassen.

Staatssecretär Niederdingt erklärt den Antrag Stadthagen auf Einfügung des Verlusts der bürgerlichen Ehrenrechte für überflüssig, da das bereits im Strafgesetzbuch vorgeesehen sei. Gegen die Einfügung einer Geldstrafe würde sich nach seiner Meinung wohl kaum ein prinzipielles Bedenken erheben. Nur scheine es ihm sehr hart, ein so hohes Mindestmaß der Geldstrafe festzusetzen, wie Abg. Groeber es beantrage. Man sollte von der Festsetzung eines Mindeststrafmaßes überhaupt absehen.

Director Dr. Kayser erklärt, es liege keine Thatsache zu der Vermuthung vor, daß der Gesetzentwurf die Firma Woermann besonders schonend behandeln wolle. Auf dem Hause Woermann ruhe auch nicht der leiseste Schatten eines Beweises, daß es sich am Sklavenhandel betheiligte habe. Für einen von einem Schiffer auf eigene Verantwortung geschlossenen Vertrag könne man den Rheber in Deutschland nicht haftbar machen. Deshalb ein Schiff zu confisciren, sei durch nichts gerechtfertigt.

Abg. Dr. Meyer-Halle (frei. Vereinig.) spricht sich für die Androhung einer recht hohen Geldstrafe aus, um die reichen Leute vom Sklavenhandel abzuschrecken: ihre Complicen würden dann von selbst unthätig werden. Die Bedenken des Staatssecretärs gegen die Mindeststrafe könne er nicht als berechtigt anerkennen. Gegenüber einem so schweren Verbrechen seien 10,000 Mark keine zu hohe Strafe.

Abg. Groeber bittet, in jedem Falle die Geldstrafe ihrer abschreckenden Wirkung wegen einzufügen; um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden, wolle er eventuell der Auscheidung der Minimalstrafe aus seinem Antrage gern zustimmen.

Staatssecretär Niederdingt empfiehlt nochmals die Erreichung des Minimalstrafmaßes von 10,000 Mark in dem Antrag Groeber.

Abg. Stadthagen weist darauf hin, daß durch protokollarische Verhandlungen feststeht, daß die Firma Woermann am Sklavenhandel betheiligte gewesen sei, daß sie auch Vortheil aus demselben gezogen habe. In solchen Fällen empfehle sich dringend die Confiscation des Schiffes.

Abg. Prinz Arenberg erklärt, daß in dem vom Vorredner erwähnten Falle ausdrücklich die Umkehr des Herrn Woermann constatirt worden sei.

Abg. Meyer-Halle beantwortet nochmals die Annahme des unüberwindlichen Antrages Groeber.

Abg. Mollenhuth hält es für durchaus notwendig, daß der Rheber mit verantwortlich gemacht werden sollte, wenn man in den Verdacht, daß man es nicht ohne meine mit der Unterdrückung des Sklavenhandels.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt, der Antrag Groeber angenommen, jedoch unter Erreichung des Mindestmaßes der Geldstrafe (10,000 Mark). Der so umgekehrte § gelangt mit großer Mehrheit zur

Annahme. Ebenso ohne Debatte § 4 (Zu widerhandlung gegen kaiserliche Verordnungen).

In § 5 beantragt Abg. Stadthagen, die Regierungsvorlage dahin zu ändern, daß die Strafverfolgung wegen der in der Vorlage erwähnten Handlungen auch dann eintreten müsse, wenn die strafbaren Handlungen, sei es von Deutschen, sei es von Ausländern im Auslande begangen worden sei, während die Regierungsvorlage die Verfolgung nur für zulässig erklärt.

Director Dr. Kayser sieht für diesen Antrag keine Nothwendigkeit und bittet ihn abzulehnen.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt, § 5 unverändert angenommen. Damit ist auch die zweite Lesung beendet.

Die vom Abg. Groeber eingebrachte Resolution wird angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die kaiserlichen Schutztruppen für Südwestafrika und Kamerun. Dieselben sollen nach dem Muster der ostafrikanischen Schutztruppe organisiert werden.

Abg. Richter (frei. Volksp.) steht dieser Vorlage nicht ohne schwerwiegende Bedenken gegenüber. Diese richten sich vor allem dagegen, daß durch die Art, wie die Comandirung von Offizieren zur Schutztruppe gehandhabt würde, ein bedauerlicher Qualismus in die Colonialverwaltung getragen werde. Die Offiziere unterständen dem Reichsmarineamt und wollten sich den Anordnungen der Colonialverwaltung nicht unterordnen. Dieser Qualismus zeige sich bis in jede einzelne Station Ostafrikas. Es entstanden sehr mißliche Rangirungen zwischen Offizieren und Zivilbeamten. Daher die Klagen über den zunehmenden Militarismus in Ostafrika. Deshalb sei es eigentümlich, daß man dieses System einfach auf Kamerun und Südwestafrika ausdehnen wolle. Er beantrage die Vorlage an die Budgetcommission zu verweisen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie in dieser Session nicht zu Stande komme.

Abg. v. Bodbielski (cons.) erklärt, seine Freunde würden diesem Antrage zustimmen, um volle Klarheit über die obwaltenden Verhältnisse zu gewinnen.

Director Dr. Kayser würde es sehr bedauern, wenn die Vorlage jetzt nicht zu Stande komme. Dasselbe habe für die beiden Colonien große Bedeutung, und der Reichstag präjudicire durch ihre Annahme in keiner Weise seinem Budgetrecht.

Abg. Prinz Arenberg (Centr.) schließt sich den Bedenken des Abg. Richter an und wünscht ebenfalls Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission.

Abg. Graf Arnim-Plaskow (Reichsp.) sieht keinen Anlaß, die Vorlage zu überhürzen. Die Schutztruppen functionirten jetzt ganz gut, ein Aufschub der Organisation im Sinne der Vorlage werde also keinen Nachtheil bringen. Er bitte daher gleichfalls um Commissionsverweisung.

Abg. Dr. Hamacher (nail.) würde die Verzögerung auf das Verhättniß bedauern, hofft aber, die Commission werde an dem Grundgedanke der Vorlage nichts Wesentliches ändern.

Abg. Richter findet es befreudlich, daß die Regierung jetzt so großen Werth auf die Vorlage lege, die doch schon im März eingebracht worden sei, ohne daß die Regierung irgendwie auf eine beschleunigte Vernehmung derselben hingewirkt habe.

Damit schließt die Discussion. Die Vorlage wird an die Budgetcommission verwiesen.

Darauf ist die am Sonnabend durch die Reichsversammlung des Hauses vereinte namentliche Abstimmung über das Bundesgesetz über die Wahlgesetze vorgunehmen.

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der Vorlage mit 191 gegen 85 Stimmen. Dagegen können Reichstägige, Socialdemokraten und lutherische Volkspartei.

Darauf wird mit 118 gegen 87 Stimmen die Vertagung beschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1. Juni (Zweite Vernehmung der Bundeswahlgesetz-Vorlage. Schluß 5. Uhr.

Locales.

Breslau, den 21. Mai 1895.

\* Claus Peter Reinders. Am 22. Mai d. J. sind es 16 Jahre her, daß einer unserer edelsten Mitkämpfer in Breslau die Augen schloß zum ewigen Schlaf: Claus Peter Reinders. Er hat sich bleibende Verdienste um die Arbeiterfrage erworben, in deren Dienste er sich rückhaltlos stellte, bis auch ihn die Proletariatskrankheit dahintraffe. Breslau und Schlesien aber vor allem war die Stätte seines unermüdblichen Wirkens im Interesse der Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Hier kämpfte Reinders mit allen seinen Kräften, agitirte und organisirte und ihm ist es zu danken, daß in Schlesien die Ideen der internationalen, völkerebefreienden Socialdemokratie verhältnißmäßig früh Eingang fanden und sich bald in alle Gegenden der Provinz verbreiteten.

Morgen am 22. Mai gedenken alle kämpfenden Genossen dankbar unseres unvergeßlichen Claus Peter Reinders.

Ehre seinem Andenken!

Abg. Wer begreift's. Breslau, so behaupten viele Leute, darunter die von der „Breslauer Morgenzeitung“, sei keine reiche Stadt. Daß Breslau aber das sein könnte und es nur wegen der in Grund und Boden hinein schlechten Gemeindegewirtschaft nicht ist, das zu zeigen, wird sich der Schreiber dieser Zeilen demnächst angelegen sein lassen. Vorläufig jedoch nur dieser oder jener kleine Beitrag zu dieser wichtigen Frage, wie er bei der Beschäftigung mit Breslauer städtischen Angelegenheiten dem Schreiber gelegentlich in die Feder geräth. Für heute fragen wir: Woher kommt es, daß gerade wir Breslauer so unvernünftig viel Geld ausgeben für die Besoldung unserer hohen Communalbeamten, wir Breslauer, die wir schon verschiedene der mittleren Beamten mäßig, alle niederen Gemeindebeamten sehr mäßig und die meisten der städtischen Arbeiter unmäßig schlecht bezahlen?

Breslau zahlt seinem zweiten Bürgermeister jährlich 12,000 Mark, nur Magdeburg, Frankfurt a. M. und Berlin zahlen noch mehr, nämlich 13,500 und 15,000, Altona und Leipzig geben ebenso viel; alle übrigen deutschen Großstädte strengen sich weniger an, indem sie sich mit Gehältern von 11,000 bis 6000 Mark abwärts, letzteres geschieht in Potsdam, Posen, Silberfeld, genügen lassen. Aber unser zweiter Bürgermeister ist noch ein ziemlich wohlfeiler Herr, im Vergleich zu unserem theuren, verzweifelt theuren Oberbürgermeister. Derselbe bezieht einen Gehalt von 25,000 Mark jährlich. Nur Frankfurt a. M. und Berlin zahlen mehr, nämlich 26,000 und 30,000 Mk. Man ist aber Breslau, z. B. auch in Bezug auf die Wohnungspreise, eine sehr billige Stadt, Frankfurt a. M. dagegen eine sehr theure und auch Berlin ist, vor allem in den Wohnungspreisen eine viel theurere und letztere doch auch eine ganz unverhältnißmäßig größere Stadt. Berlin kann deswegen seinem Oberbürgermeister eher 30,000 zahlen, als Breslau 25,000 und ebendas ist der Fall bei Frankfurt a. M. Die übrigen Großstädte bezahlen 23—10,000 Mark, die meisten 15—12,000 Mark. Wir Breslauer können demgemäß mit Recht jagen: wir werfen von allen deutschen Großstädten für

Mal. Die Fanfare des Fascio blies einen Marsch, und die Menge setzte sich in Bewegung. Männer und Frauen schrien: „Nieder mit den Steuern, nieder mit der Gemeindeverwaltung!“ und unter Geschrei und Muth durchschritt man den Ort.

Die Nacht vorher war, von den Bürgern gerufen, eine Verhärkung der Truppen eingetroffen. Der Offizier ließ seine Mannschaft in der Früh unter die Waffen treten, und als die Menge in geschlossener Reihe vor die Kaserne kam, verließ er mit den Soldaten, die letztere, um ihr zu folgen. Dann dachte er, daß die Leute nach gethanem Umgang sich zum Sitze des Fascio auf den Platz zu rückgeben würden. Dortin verfügte er sich und vertheilte die Soldaten so, daß sie den Platz und die beiden anliegenden Hauptstraßen beherrschten.

Sobald die Menge und der Särg immer mehr an.

Nachdem der Offizier die Mächten vergebens ersucht hatte, sich zu erheben, ließ er den ersten der drei Pflöge ertönen, welche dem Angriff vorhergehen müssen. Nach dem zweiten Pflöge verdoppelte sich das Geschrei und das Trompetengeschmetter. Der Offizier ließ die Soldaten langsam die Waffen aufnehmen, im Hinblick auf Frauen und Greise, von denen sich aber Niemand fürchtete, weil Niemand die Gefahr kannte. Dann ermahnte das Gemeindevorhaupt die Menge im Dialect, auseinanderzugehen, der Belagerungsstand sei eine bedenkliche Sache.

Hier und dort bewegte sich Einzel in der

benachbarten Menge. Endlich geräth sie selbst in Bewegung und zieht sich zurück. Die Gefahr scheint vorüber.

Aber siehe, zwei alte Weiber treten hervor, fassen den Särg beim Arm, hindern den Anderen am Weitergehen und rufen:

„Sagt doch, ihr Männer von Santa Caterina, seid ihr so feig, daß wenige Soldaten euch fürcht einzuzugeln können? Pah, ihr seid keine Männer!“

Auf diese Worte klafften Viele Beifall, Viele Weiber riefen, das Geschrei wird härter.

Der letzte Pflöge ertönt. Der Offizier fürchtet, daß die Menge bewaffnet ist und die Soldaten von allen Seiten umgeben und überfallen könnte — Jesu!

Die Soldaten schreien nach vorne, nach rechts und links, wieder und wieder. Der Platz ist geräumt. Hier und dort die Gefallenen, unbeweglich oder schwermüthig. Einige suchen sich zu erheben, fallen aber rasch zurück. Andere wälzen sich in ihrem Blute. Die Soldaten klaffen sich in die Kaserne. Die Banner sind schon zu Hanje und hoffen, daß Niemand von ihnen fehlt . . .

Ein Unteroffizier flüchtet sich mit geleerter Patronenlade in ein Haus und trifft dort bei 30 Banern, welche ihn bewachen, ohne ihm ein Haar zu krännen!

Sobald die Besatzung auf dem kurze Zeit leerbleibenden Platz einige Hundt die Körper der Gefallenen. Am nächsten Tage fand die Beerdigung statt. Zur Seite des kleinen Friedhofes fanden 49 Gräber für

die armen Getödteten. Auf eine kleine Bahre hatte man zwei Leichen gelegt: eine auf die andere, die eine mit dem Gesicht unter den Füßen der anderen. Oben lag ein Knabe; er war nach langem Lebenskampf gestorben, seine Augen waren halb geschlossen, und auf dem Gesicht lag noch ein Ausdruck von Angst. Der Andere war ein Mensch mit schwachem Bart unter dem Kinn. Die großen schwarzen Augen standen offen. Er war in der Vollkraft des Lebens gestorben, und diese Augen, die den Himmel anstarrten, schienen noch im Tode den Himmel anzurufen: Herr, Herr, siehe . . .

Unter anderen weißgehobelten Särgen war auch ein ganz kleiner; ich wollte das unschuldige kleine Opfer sehen, das vielleicht nicht einmal geschrien hatte. Und ich bot den Todtengräber, den Sarg zu öffnen. Das Kind war groß für seine neun Jahre. Es lag da mit ein wenig seitwärts geneigtem Haupt, die Arme hängen weit ab. Es war noch nicht starr, sein Gesicht war roth, und auf den offenen Mund troff aus der Nase Blut herunter, das noch gurgelte und regelmäßig wie Athem sich zu bewegen schien.

„Aber sie lebt ja!“ rief ich. Der Todtengräber lächelte.

„Lebt?“ und schlug den Dedel zu. O sie war todt, das arme Kerzchen! Sie war todt. Arme verlassen Mutter, arme mißhandelte Mutter, die in der Verzweiflung ihres Kummers nur die Kraft hatte, ihr Kind in den Sarg zu legen, in welchem man es für immer wegtragen wird.



den Oberbürgermeisterposten bei weitem am meisten Geld zum Fenster hinaus, selbst verhältnismäßig mehr als die reichste und selbst als die Weltstadt Berlin. Warum das? Wir können sehr gut an unseren beiden Bürgermeistern, den heute hier in Breslau herrschenden Preisverhältnissen entsprechend, mindestens 10.000 Mk. sparen. Warum das nicht? Wer begreift's? Vielleicht die „Breslauer Morgenzeitung“ oder die „Breslauer Zeitung“? Wir bitten um Belehrung!!

**\* Achtung Gewerbetreibender.** Wir machen die Besitzer des Gewerbegerichts darauf aufmerksam, daß morgen, Mittwoch, den 22. Mai c., Abends 8 Uhr, im Locale des Herrn Jentsch, „Rother Löwe“, Kupferschmiedestraße, eine Versammlung der Besitzer stattfindet, in welcher zu dem städtischen Arbeitsamt Stellung genommen werden soll. Angesichts dieser wichtigen Angelegenheit ist es nicht nur erwünscht, sondern durchaus erforderlich, daß sämtliche Besitzer in der Versammlung erscheinen. Es muß als eine Pflichtverletzung derjenigen Besitzer angesehen werden, welche unentschuldig der Berathung fernbleiben.

**\* Das Maifest,** welches am Sonnabend im Saale der „Concordia“ abgehalten wurde, hatte sich — wie dies immer bei den vom socialdemokratischen Verein veranstalteten Festlichkeiten der Fall ist — eines sehr guten Besuchs seitens der Genossinnen und Genossen zu erfreuen. Und wenn auch die Polizei in ihrer Art dafür sorgt, daß Proletarierfeste nicht allzu glänzend verlaufen, so dürften sich doch alle Festtheilnehmer gut amüßirt haben. Behördlicherseits nahm man wieder einmal Anstoß an einem Theaterstück, „Eine Maifeier auf dem Lande“ und dem Chorliede „Es dämmert im Osten.“ Die Aufführung des ersteren, wie der Vortrag des letzteren wurde verboten; ein harmloses Frühlingslied, das als Ersatz für das vorstehend erwähnte zum Vortrag gebracht werden sollte, durfte gleichfalls nicht gesungen werden. So war das Festprogramm zwar nicht unerheblich verstümmelt worden, trotzdem ließen sich die Anwesenden in ihrem Vergnügen nicht stören und erst in früher Morgenstunde erreichte die schöne Feier ihr Ende.

**\* Stadtverordnetenversammlung.** Am Donnerstag findet des Himmelfahrtstages wegen keine Sitzung statt.

**\* Eine Zusammenkunft schlesischer Landräthe** findet am 8. Juni d. J. zu Bad Salzbrunn in dem Hotel „Zur Krone“ statt, bei welcher seitens der hierzu bereits designirten Referenten Fragen aus verschiedenen Gebieten der Verwaltung zum Vortrag kommen und zur Discussion werden gebracht werden.

**\* Wegen Beleidigung des kgl. Polizeipräsidenten** ist gestern der praktische Arzt Dr. Gröbner aus Breslau vom hiesigen Schöffengericht zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

**\* Sommer-Theater bei Liebig.** Heute, Dienstag, gelangt erstmalig neu einstudirt „Der Oberfeiger“ zur Aufführung.

**\* Budapest'scher Pörsen-Theater.** Heute, Dienstag, geht außer dem Lustspiel „Die Welt geht unter“ noch die große Gesangsposse „In der Waschanstalt“ in Scene.

**\* Von der elektrischen Straßenbahn.** Die Specialzeichnungen der geplanten Neubautrecken nach dem Kaiser Wilhelm-Platz, sowie nach Rothfrescham liegen gegenwärtig allen in Betracht kommenden Behörden zur Prüfung vor. Eine baldige zustimmende Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung würde die Verwaltung der Bahn in die Lage setzen, die für den Bau der projectirten Strecken nöthigen Vorbereitungen, Anschaffung des Materials etc. zu treffen.

**\* Verkehrsperrung.** Aus Anlaß der Neuschüttung wird der sogenannte Mittelweg von der Lehmgrabenstraße bis Herdain von heute ab auf die Dauer von acht Tagen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt bleiben.

**\* Großes Schadenfeuer.** Am 19. Mai, Morgens 1 1/2 Uhr ist, wie berichtet wird, in der Wohnung des Zugführers Liere, Berlinerplatz 13, in der 2. Etage, ein beträchtliches Schadenfeuer entstanden, welches auch in eine benachbarte Wohnung übersprang, nachdem eine beide Entrees trennende Holzwand von den Flammen vernichtet worden war. Das Feuer kam in dem Entree der Wohnung des Zugführers zum Ausbruch. In diesem Entree fielen dem Feuer anheim: ein Wandschrank mit Kleidungsstücken, eine Commode mit Wäsche, eine Entreeglasthür und zwei Stuben-Thüren nebst Bekleidung, ferner die Tapete, die Diele und die Schalbede. Nachdem das Feuer die trennende Holzwand vernichtet hatte, ergriff es in der Kaufmanns-Wohnung einen Schrank mit Wäsche, eine Entree-

Glasthür, sowie ebenfalls die Diele und die Tapete, auch ist in Folge der Hitze ein Spiegel gesprungen. Die Feuerwehr, die von der im selben Grundstücke gelegenen Station 65 aus benachrichtigt worden war, griff das Feuer erfolgreich mit der Gasspritze an und benutzte zum vollständigen Ablöschen dann die Hand-spritze. Leider haben sich bei dem Brande auch mehrere Unfälle ereignet. Als das Feuer schon völlig entseffelt war, schloß die Zugführerfamilie, bestehend aus Mann und Frau und einem erwachsenen Sohne, noch fest; dieselbe wurde erst durch Hausbewohner geweckt. Beim Passiren des brennenden Entrees erlitt Frau L. Brandwunden an den Füßen, sowie an der rechten Hand, so daß ihr Feuerwehrlente Verbände anlegen mußten. Die Brandwunden sind nicht gefährlicher Natur. Der Hilfsbremsler Eduard Langner erlitt beim Einschlagen einer Entreescheibe eine bedeutende Schnittwunde an der rechten Hand. Auch diesem wurde ein Verband angelegt. Die Feuerwehr kehrte bald nach 3 Uhr Morgens in die Hauptwache zurück. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

**\* Richtigstellung.** Die Annahme, daß der Schwindler Erich Meißner mit einem Agenten Simon Rektor identisch sei, hat sich als irrig erwiesen. Der Agent Rektor erfreut sich des besten Rufes.

**\* Verletzt aufgefunden.** Gestern früh wurde in dem Neubau Matthiasstraße 38a ein Buchbinder mit einer schweren Verletzung des rechten Beines aufgefunden. Der Mann gab an, am Abend zuvor vor dem Neubau von einem Einspanner überfahren worden zu sein, später hätten ihn zwei Männer, die ihn auf der Straße aufgefunden, in den Neubau getragen. Dem Verunglückten leisteten Mannschaften der Sanitäts-Abtheilung der Feuerwehr die erste Hilfe, alsdann wurde er der Klinik an der Thiergartenstraße zugeführt.

**\* Polizeiliche Nachrichten.** Abhanden kamen: ein Portemonnaie mit mehr als 120 Mark Inhalt, ein Paar goldene Ohrringe, ein silberner Ring mit der Inschrift 1895, eine braune Pierdebede mit rothen Streifen, eine blaue Mosaikbroche und zwei Filzhüte. — Gefunden wurde ein Dienstbuch.

**Vereine und Versammlungen.**

**e. Freie Turnerschaft in Breslau.** Am 16. d. M. fand eine unter Protest angemeldete Versammlung der freien Turnerschaft statt, in welcher der Vorsitzende unter Bezugnahme auf seine vor kurzem erfolgte Verurtheilung mittheilte, daß in der Sache Berufung eingelegt worden ist. Bis jetzt beständen in Deutschland schon 280 freie Turnvereine, aber an keinem Orte dürfte die Gründung eines derartigen Vereins so schwierig gewesen sein wie hier. Die Versammlung beschloß hierauf den Bescheid des Magistrats auf das Gesuch um Ueberlassung einer Turnhalle nebst Geräthen nicht fest abzuwarten, sondern selbst ein Local zu mietthen und die nöthigen Turngeräthe anzuschaffen. Der Vorstand des Vereins erhielt den Auftrag, diesen Beschluß auszuführen. Der Verein begann seine Thätigkeit am 1. Mai, Beiträge werden vom Cassirer Engelmann, Höfchenstraße 54 III. Et., entgegengenommen. Der Vorschlag, vorläufig nur Mitglieds-karten drucken zu lassen, fand allgemeine Zustimmung. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, recht rege für die freie Turnerschaft zu agitiren. — Die Unterhandlungen, welche mit der Besitzerin des Etablissements „Deutscher Kronprinz“ stattgefunden haben, führten zu einem günstigen Resultat. Die Besitzerin erklärte sich bereit, der freien Turnerschaft ihre Localitäten nebst Garten zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand wird es sich nun angelegen sein lassen, sobald wie möglich Geräthe zu beschaffen, damit der Verein seine Thätigkeit beginnen kann. — Sonntag, den 28. Mai, unternimmt die freie Turnerschaft ihren ersten Ausflug nach dem Jungfernssee; Gäste sind zur Theilnahme an dem Ausflug freundlichst eingeladen. Sammelplatz rechts im Portal des Oberschlesischen Bahnhofes, früh 5 Uhr.

**Neueste Nachrichten.**

— Berlin, 20. Mai. Der Senatorenconvent des Reichstages trat heute nach der Plenarsitzung zusammen und wurde dahin schlüssig, daß nur noch die Gesetzentwürfe über die Zuckersteuer und über die Branntweinsteuer, die Nachtragsetats und einige Wahlprüfungen erledigt werden sollen, sodas die gegenwärtige Session jedenfalls mit Ablauf dieser Woche geschlossen wird.

— Der „Reichsanzeiger“ ist gegenüber anderen Angaben in der Presse in der Lage, auf das Bestimmteste versichern zu können, daß die Erklärung des Kriegsministers über die Unannehmbarkeit des § 112 der Vorlage in der Commissionsfassung in vollster Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler abgegeben worden ist. — Die Erklärung kommt wirklich recht spät.

— Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Mittheilung der „Volks-Zeitung“, daß im Ministerium des Innern intensiv gearbeitet würde, um eine Novelle zum Vereinsgesetz unmittelbar nach Pfingsten im Landtage einbringen zu können, als auf Erfindung beruhend. — Wenn nicht, na, denn nicht, Herr v. Köller!

— Der Vertheidiger des verhafteten angeblichen Anarchisten Krebs stellte den Antrag auf Haftentlassung. Die Belastungszeugen widerrief die belastenden Aussagen, bezeichnete Rache als Motiv der Denunciation. Die polizeilichen Nachforschungen nach angeblich vergrabnem Dynamit brachten natürlich keinerlei Ergebniß.

— Forst i. L., 20. Mai. In Grabow ist der Grubenarbeiter Hoppenheit von Raedel ermordet worden. Der Mörder nähte, dem „Forster Tageblatt“ zufolge, den Leichnam in einen Strohsack, und schloß auf demselben 6 Tage hindurch.

— Meran, 19. Mai. Das hiesige städtische Sicherheitswachcorps trat in den Ausstand ein. Die Beamten verlangen zwölfstündige Dienstzeit und zwölfstündige Pause statt der bisherigen 24stündigen Dienstzeit mit zwölfstündiger Pause.

— Marienbad, 19. Mai. Hier herrscht seit mehreren Tagen große Kälte bei stellenweise fast einem Meter hohen Schnee.

— Agram, 19. Mai. In Gospics und Ogulien fanden heute Nachmittag heftige Schneestürme statt, die mehrere Stunden anhielten.

— Budapest, 20. Mai. Sensation erregt hier der Entschluß des serbischen Patriarchen Georg Brantovic, abzudanken. Der Entschluß soll mit zahlreichen, in der nächsten Zeit bevorstehenden Enthüllungen, welche verschiedene Geld- und Wechselgeschäfte betreffen, in Verbindung stehen. — Ein moderner Seelenhirte!

— Dem „Besti Girlap“ zufolge wurde Seles, welcher das Attentat gegen das Genzi-Denkmal verübt hat, auf französischem Boden bei Annemasse verhaftet.

— Zürich, 19. Mai. In der heutigen cantonalen Abstimmung wurde das Gesetz über die Erbschaftssteuer mit obligatorischer Inventarisirung in jedem Todesfall und Besteuerung auch des esterlichen Erbtheiles mit 34,190 gegen 21,378 Stimmen verworfen.

— Rom, 19. Mai. Der Nuntius Agliardi in Wien ist telegraphisch hierher berufen worden. Zu seinem Nachfolger in Wien hat man im Vatican den Brüsseler Nuntius Francica Rava aussersehen.

— Rom, 20. Mai. Im Ganzen sind in der Provinz Toecana etwa 3000 Häuser durch das Erdbeben mehr oder minder beschädigt worden. Vornehmlich ist die Umgegend von Florenz hart mitgenommen, in der gegen 60 Häuser zum Theil einstürzten, zum Theil schwere Beschädigungen erlitten.

— Florenz, 20. Mai. Die Bevölkerung hat sich beruhigt und kehrt zurück. Die Untersuchung ergab, daß durch das Erdbeben das National-Museum, die Karthause, die Galerie Uffizien, sowie historische Willen, in der Umgebung beschädigt sind.

— Warschau, 20. Mai. Eine gewaltige Feuersbrunst hat in der Stadt Rozany (Gouvernement Grodno) 360 Häuser, das Post- und Telegraphen-Gebäude, das Rathhaus und die katholische Kirche eingeäschert. Eine Anzahl Personen hat schwere Brandwunden davongetragen. Es liegt Brandstiftung vor.

— Petersburg, 20. Mai. Aus den Trümmern der niedergebrannten Stadt Brest-Litewsk sind bereits über fünfzig Leichen hervorgeholt. Kaum ein Drittel der Stadt ist verschont geblieben. Der materielle Schaden wird auf einige Millionen Rubel geschätzt. Es herrscht dort großes Elend.

— Thun, 19. Mai. Bei der heute stattgehabten Stichwahl für die belgische Deputirtenkammer ist Bailly (Katholik) mit Unterstützung der gemäßigt Liberalen zum Deputirten gewählt; er erhielt 22188 Stimmen, während sein Gegencandidat Beken (Socialist) nur 22,188 erhielt. Also eine Mehrheit von fünf Stimmen!

— London, 20. Mai. Wie dem Reuterschen Bureau aus Dschebbah von gestern gemeldet wird, ist ein türkisches Schiff mit 700 Pilgern an Bord ungefähr 50 Meilen nördlich von Dschebbah auf ein Riff aufgelaufen. Alle an Bord befindlichen Personen wurden gerettet. Das Schiff ist wahrscheinlich gänzlich verloren.

— Newyork, 20. Mai. Durch eine ausgebeutete Feuersbrunst in Saint-Albans im Staate Vermont wurden 500 Personen obdachlos. Der Schaden wird auf 750,000 Dollars geschätzt.

**Briefkasten.**

**H. S. hier.** Der § 137 der Gewerbeordnung bestimmt: Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr Nachmittags beschäftigt werden. — Bezüglich der Arbeiter bestehen solche oder ähnliche Vorschriften leider noch immer nicht.

**H. Remmert.** Nein; sie ist nicht mehr verpflichtet Beiträge zu zahlen.



### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 20. Mai.

**Heiraths-Ankündigungen.** I. Heizer Reinhold Kunschke, ev., Al. Groshengasse 23, und Helene Thomas, ev., Uferstr. 45. — Schneider Josef Wähold, kath., Kirchstr. 12a, und Martha Katerpa, kath., daselbst. — II. Rutscher Paul Böhm, ev., Feldstr. 13, und Agnes Stredel, kath., daselbst.

**Eheschließungen.** I. Goldschmied Richard Heinze, apostol.-kathol., mit Bertha Tesche, apostol.-kathol., hier. — Stubenmaler Paul Wahn, ev., mit Auguste Hillmann, ev., hier. — Stellmacher Johann Bucher, katholisch, mit Emma Weidner, kath., hier. — Schneider Petrus Pulin, kath., mit Maria Hadamla, kath., hier. — II. Arbeiter Otto Sperling, ev., mit Josefa Hellmann, kath., hier. — Barbier Heinrich Hgner, kath., mit Emma Wittschel, evang., hier. — Musiker Arthur Schölzel, kath., mit Pauline Grosperst, ev., hier.

**Geburten.** I. Straßenbahnconductor Josef Perside, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Kühn, ev., T. — Koch Hermann Schmiedchen, ev., T. — Arbeiter Gustav Schmiade, ev., T. — Fleischer Otto Weibrauch, evang., S. — Sattler August Barniske, ev., T. — Handelsmann August Dittert, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Kottlinski, ev., T. — Tischler Julius Kreuzberger, ev., S. — Tapezierer und Decorateur Oskar Anshaus, ev., S. — Invalide August Kaufsch, kathol., S. — Seiler Josef Hrnitz, kathol., T. — Cigarrensortierer Carl Göbel, kath., T. — Schlosser Josef Bede, kath., T. — II. Bahnarbeiter Gottlieb Seelig, ev., T. — Rutscher Carl Langner, ev., S. — Müllermeister Paul Herold, ev., T. — Arbeiter Josef Hanif, kath., T. — Maurer Carl Wiede, ev., S. — Brauer Paul Gderr, ev., T. — Schlosser Carl Melzer, ev., T. — Werkführer Paul Benede, ev., T. — Oekonom Robert Schell, ev., T. — Haushälter Wilhelm Walter, ev., T. — Eisenbahnkassierer Josef Hampel, kath., T. — Tischler Albert Suchodoll, kath., T. — Telegraphenarbeiter Heinrich Richter, kath., T. — Arbeiter Gustav Männchen, ev., S. — Haushälter Paul Sever, ev., S. — Fabrikarbeiter Julius Felte, evang., T. — Kaufmann Friedrich Tischeit, kathol.,

(Zwillinge), T. — Arbeiter Gottlieb Bienen, evang., T. — Heilgehilfe Carl Migole, evang., S. — Schlosser Friedrich Mesek, kath., T. — Schneider Gottfried Steinert, ev., T. — Steuerheber Eduard Kretschmer, ev., T. — Maurer Julius Wuttische, evang., S. — Brenner Julius Wofa, ev., T. — Arbeiter Robert Seipel, kathol., S. — Clavierstimmer Paul Padrod, kath., S. — Bau-Anschläger August Geduldig, kath., S. — Arbeiter Hermann Leide, kath., S. — Schneider Anton Kraft, kathol., T. — Drechsler Robert Hensel, kathol., T. — Zimmermann Carl Urban, kathol., T. — Buchdrucker Carl Volkmann, kath., S.

**Todesfälle.** I. Schlosser Berthold Regel, 42 J. — Böttcherfrau Wilhelmine Czempil, geb. Sommer, verw. Stibahl, 40 J. — Hutmacher Wilhelm Neumann, 35 J. — Schlossergehülfe Albert Corbant, 54 J. — Arbeiterin Pauline Hoffmann, 28 J. — Jda, T. des Tischlers Albert Stephan, 10 J. — II. Knecht Johann Ratschinski, 41 J. — May, S. des Posthilfsboten Ernst Girndt, 2 J. — Schuhmachersmstr. Wilhelm Hönisch, 53 J. — Franz, S. des Schlossers Paul Schmal, 5 J. — Kürschnermeisterswitwe Friederike Kabath, geb. Fischer, 68 J. — Bernhard, S. des Pastors Gustav Hoffmann, 4 Mon. — Lisbeth, T. des Weichenstellers Carl Großmann, 5 Mon. — Ladnersfrau Marie Seeliger, geb. Scherner, 52 J. — Curt, S. des Schuhmachers Wilhelm Herrmann, 3 J. — III. Schuhmachermeisterswitwe Emilie Alt, geb. Krause, 64 J. — Margarethe und Julie, Zwillingstochter des Kaufmanns Friedrich Tischeit, 1 resp. 36 Std. — Anna Gregor, ohne bef. Stand, 15 J. — Versicherungsbeamter Anton Brever, 71 J. — Gertrud, T. des Droschkenbesizers Carl Tiese, 11 Mon. — Steuereinnahmehilfswitwe Polagia Arzenyalska, geb. Radomska, 75 J. — Schreiberswitwe Caroline Urban, geb. Junger, 46 J. — Schriftgießer Emil Bannier, 41 J. — Erwald, S. des Feuerwehramms August Breischwert, 11 Monate. — Bäckermeister Vincenz Streleweg, 68 J. — Dienstmädchen Anna Schmude, 82 J. — Florentine Wittmeyer, ohne besondern Stand, 60 J. — Bertha, T. des verstorbenen Postbriefträgers Carl Franke,

6. J. — Margarethe, T. des Wagenlackirers Emil Läser, 6 M. — Robert, S. des Schmieds Robert Knobloch, 6 M.

### Literatur.

**„Sociale Praxis, Centralblatt für Socialpolitik.“** Die unter diesem Titel seit dem 1. April erscheinende gemeinsame Folge des „Socialpolitischen Centralblatts“ und der „Blätter für sociale Praxis“ (Berlin, Carl Heymann Verlag) enthalten in ihrer neuesten Nr. 34 folgende leitende Aufsätze: Drei Lehren der Umsturzvorlage. Von Privatdocent Dr. J. Kaspow. — Arbeiter-Sanatorien. Von Dr. Rich. Freund. Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin. — Aus dem Notizenheft haben wir hervorstechend zwischen Conservativen und Christlich-Socialen. — Einschränkung des Landtags-Wahlrechts in Anhalt. — Slavische Landarbeiter im deutschen Osten. — Gesetzliche Regelung der Verpflegungstationen in Preußen. Von Dr. jur. M. Duard. — Kommunale Socialpolitik: Städtische Bodenbesitz-Reform in Wermelskirchen. — Rentabilität städtischer Landgüter in Leipzig. — Kommunales Volkshaus- und Krippengebäude in Karlsruhe. — Kommunaler Fleischverkauf in Freiburg i. B. — Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion. — Arbeiterschutz-Gesetz in Obwalden (Schweiz). — Städtischer Bauarbeiter-Schutz in Frankfurt a. M. — Bergbau-Inspektion in Oesterreich. — Versicherung. Spartassen: Württembergischer Krankenkassen-Verband. — Krankenkassen und Apotheker. — Vereinigung der deutschen Arbeiter-Versicherungen. — Verhältnis der Beiträge zu den Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung. — Erziehung: Finkenbäumchen in Berlin. — Englische Zwangserziehungs-Novelle. — Finanzen: Die Grundsteuer-Entschädigung in Preußen.

### Briefkasten der Expedition.

Wir bitten um baldige Abrechnung der von uns entnommenen Waagezeichen.



# Leopold Bermann

## Damenmäntel-Fabrik

### Reusche-Strasse 55.

Parterre und I. Etage.

## Wegen Umbau

# Grosser Ausverkauf.

Mäntel, Jaquets, Capes, Kragen, Kinder-Garderobe zu enorm billigen Preisen.

# Achtung!

## Gewerbe-Gerichts-Beisitzer-Versammlung.

Mittwoch, den 22. Mai, Abends 8 Uhr, 3864  
im Locale „zum rothen Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.  
Tagesordnung: Die Errichtung eines städtischen Arbeits-Nachweises.

H. Brosig.

Dem geehrten Publikum empfehle ich mein großes

# Sarg-Magazin

in den billigsten Preisen. 3722  
Katafalks und Beleuchtungsgegenstände gratis.

## Th. Muszynski,

Tischlermeister,  
40, Gräbichener-Strasse 40,  
neben der Holzei-Apothek.

**Liobich's Etablissement.**  
Neues Sommer-Theater.  
Direction: F. Witte-Wild.  
Dienstag:  
Der Oberkeizer.  
Mittwoch:  
Die selbe Vorstellung.

## Arbeiter Breslaus!!

Mein Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft befindet sich jetzt nur

# Kupferschmiede-Strasse 31

## D. Juliusburger.

3757

# Schuhe u. Stiefel

für Knaben und Mädchen in größter Auswahl zu billigsten Preisen. 2598

# Ludwig Herz,

Blücherplatz 4, neben der Mähren-Apothek

# ! Achtung!

Zur Anfertigung aller Buchbinderarbeiten in dauerhafter Ausführung zu soliden Preisen empfiehlt sich 3782

# Goetz Söhne

## Kinderwagen-Fabrik

### 49 Albrechtsstraße 49

Größtes Kinderwagen-Lager und billigste Preise.

## Patent-Kinderstühle.

Verkauf einzeln zu Fabrikpreisen. 3783  
Vor jedem Kauf prüfe man erst unsere Preise.

# Karl Herzog

Buchbindermeister  
Leuschkestraße 17b, III

# Polster-Werg,

Rohwoll, Agass, Indischer, Alpen-gras, Segens, Federn, Kissenkissen, Samt, Bandweben, Stränge, Seile, Tischdecken, Hängematte, Krage, Taschen empfiehlt billigst 3733

# Jul. Moritz, Sella-

meister.  
44, Kupferschmiede-Str. 44.

# Johann Schellisch

der Pferd 15 Big.  
zum Brauen, empfiehlt 3796

# J. M. Kahmann,

Bismarck 12.

## 5 Pf. Sumatra-Cigarren

Sumatra-Debitat und Garone-Debitat  
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack  
100 Stk. 2 Mk., 250 Stk. 3 Mk. bis 5 Mk.  
empfehlen gegen Nachnahme 3775

## Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Kirchner

fabrik und Hauptgeschäft:  
Breslau, Komplatz 11, am Oberherbalkhof.  
Filialen: Sprottau 1, Sommerau 23, Friedrich-Wilhelmsstr. 4, Mährenstr. 79, Schmiedestraße 47.  
Schneidemaschinen und sonstige kleine mechanische Apparate liefert.

# Jubiläums- 25 Ausgabe.

Ersden erschien die fünfundzwanzigste Auflage von

# August Bebel:

# Die Frau und der Sozialismus

Heft-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig.  
Zu beziehen durch alle Kolportage.

## Musik-Instrumente.

Alle Klav., Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbst-spielend, Musik-Automaten fertigt  
R. Cohn, Kupferschmiedstr. 17. 2:

## Vereins-Kalender.

Breslau.

Jeden Soares selbstgefertigter und dauerhafter Schuhwaren zu den billigsten Preisen. Maßbefestigungen werden prompt im eigenen Atelier aus geführt. 3852

# J. Krojanker

früher Mühlstr. 7, 3-9 außer Sonn- und Feiertag.

Quartett-Verein der Töpfer Humanität. Jeden Mittwoch von 8<sup>1/2</sup>-10<sup>1/2</sup> Uhr: Übung und im Vereins-Local, Ludwigstraße 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Localverband Breslauer Tapezierer-Gehilfen. Jeden Mittwoch Vereins- u. Kassenabend im Edlisch's Brauerei, Neumarkt 8. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Arbeitsnachweis jeden Abend von 7-9 außer Sonn- und Feiertag.